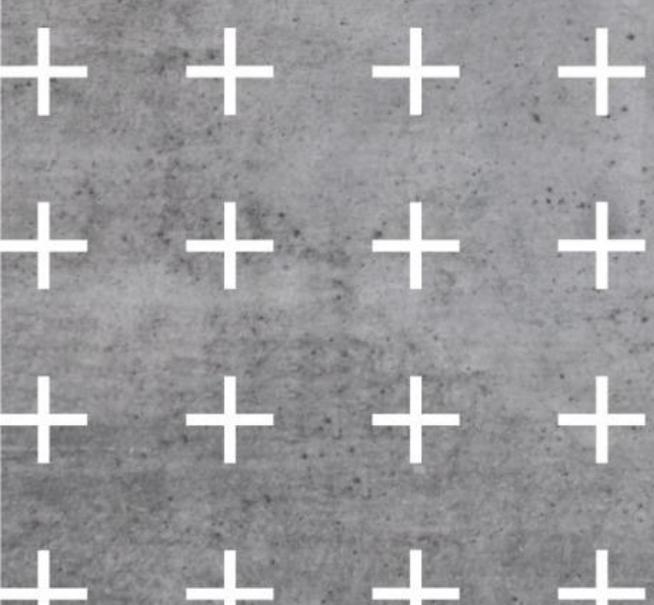




BEZIRKSDELEGIERTENKONFERENZ 2022

Beschlussbuch



Gewählter Vorstand

Bezirksvorsitz:

Kirsti Elle	UB Cuxhaven, UB Heidekreis, KV Osterholz, UB Rotenburg, UB Stade
Belana Schwarz	UB Cuxhaven, UB Heidekreis, UB Rotenburg, UB Stade

Bezirksgeschäftsführung:

Franz Neuhaus	UB Heidekreis, UB Rotenburg
---------------	-----------------------------

Stellvertretende Bezirksvorsitzende

Fabio Lindhorst	UB Heidekreis
Charlotte Brunzema	KV Osterholz
Vanessa Knuth	UB Stade
Fynn Hinck	UB Stade
Matti Rappenhöner	KV Osterholz, KV Verden

Gewähltes Awareness-Team

Awareness-Team

Hannah Bockelmann	UB Rotenburg
Fabio Lindhorst	UB Rotenburg, UB Heidekreis

Gewählte Delegierte

Sortiert nach Stimmen

Bundeskongress

Kirsti Elle	UB Cuxhaven D
Belana Schwarz	UB Heidekreis D
Fynn Hinck	UB Stade D
Hannah Bockelmann	UB Rotenburg D
Fabio Lindhorst	UB Heidekreis D
Matti Rappenhöner	KV Verden ED
Jannes Schulz	UB Cuxhaven ED
Özge Kadah	KV Verden ED
Franz Neuhaus	UB Rotenburg ED

Bundesausschuss

Belana Schwarz	UB Heidekreis D
Kirsti Elle	UB Cuxhaven ED

Nominierungen

Stellvertretende Landesvorsitzende

Patrick Josefowicz	UB Cuxhaven
Johannes Hochhaus	UB Stade
Nona Lynn Beuße	UB Heidekreis

Beschlüsse

Anträge

A01: Arbeitsprogramm Bezirksvorstand 2022 / 2023 der Jusos Nord-Niedersachsen	1
A02: Frauen in die Politik!	16
A03: Gewalt gegen Frauen stoppen!	19
A04: Mehr Feminismus wagen! Für eine gleichberechtigte Zukunft	27
A05: Ein Traum von Freiheit – Europa hört nicht hinter der Oder auf.	34
A06: Gegen den regressiven Normalzustand - Antifaschistische Werte in der Gesellschaft verankern!	40
A07: #EndEndoSilence.....	50
A08: Gesangseinlagen auf Juso-Bezirksdelegiertenkonferenzen unterlassen	53
A09: Änderung des Transsexuellengesetzes – diskriminierungsfreie Gutachten möglich machen!	54
A10: Mehr Unabhängigkeit und Gleichberechtigung - Verbesserung der finanziellen Lage für Menschen mit Behinderung in Werkstätten	61
A11: Weibliche Dummies müssen selbstverständlich sein	63
A12: Verpflichtende Behandlung von kolonialer Ausbeutung und Unterdrückung des afrikanischen Kontinents im niedersächsischen Geschichtsunterricht	65
A13: Reaktivierung des SPNVs auf dem Land ermöglichen - Daseinsvorsorge und Klimaschutz mehr gewichten in der Standardisierten Bewertung	67
A14: U21 Freizeitkarte.....	69
A15: Bildung muss man sich nicht leisten können – Mindestlohn auch für Praktikant*innen	70
A16: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus?	72
A17: Geflüchtete gleichstellen – Zweiklassengesellschaft beenden!	76
A18: Keine Geschäfte mit dem Krieg: Rüstungsindustrie verstaatlichen!.....	79
A19: Nein zu touristischen und kommerziellen Weltraumausflügen!	82

**A01: Arbeitsprogramm Bezirksvorstand 2022 / 2023 der Jusos Nord-
Niedersachsen**

1

2 **Einleitung:**

3

4 **“Wessen Straße ist die Straße,**5 **wessen Welt ist die Welt?“**

6

7 Wir Jusos Nord-Niedersachsen verstehen uns als verbandstragender Bezirk der
8 Jusos bundesweit und als linke Stimme in der SPD. Wir möchten weiterhin sowohl
9 auf die Bundesebene der Jusos als auch die SPD Einfluss nehmen und unsere
10 Grundwerte voran bringen. Dabei möchten wir uns an unseren Zielen einer
11 sozialistischen, feministischen, antifaschistischen und internationalistischen
12 Gesellschaft orientieren, in der Gleichberechtigung herrscht und allen gleiche
13 Chancen und Möglichkeiten gewährleistet werden.

14

15

16 Den niedersächsischen Landtagswahlen im Oktober 2022 blicken wir mit großer
17 Motivation und Kampfgeist entgegen. Unser erklärtes Ziel ist es, dass wir möglichst
18 viele unserer Landtagskandidat*innen dabei unterstützen, in den Landtag
19 einzuziehen. Auch in der kommenden Legislaturperiode soll Stephan Weil der
20 Ministerpräsident Niedersachsens sein! Dafür möchten wir uns aktiv in die
21 Wahlkämpfe der verschiedenen Kandidierenden einbringen und viele weitere Leute
22 mobilisieren, den Wahlkampf zu unterstützen. Die Landtagswahlen sind eine große

23 Chance für uns, für unsere Werte einzustehen und dafür zu sorgen, dass sie auch
24 auf der Landesebene vertreten sein werden. Wir freuen uns sehr darüber, dass in
25 diesem Jahr auch viele junge Menschen für den Landtag kandidieren und somit auch
26 eine reelle Chance besteht, dass auch die Perspektive der jüngeren Menschen noch
27 mehr Beachtung finden wird. Wir sind motiviert für einen starken Wahlkampf!

28

29 Die Corona Pandemie hat unsere Arbeit in den letzten zwei Jahren maßgeblich
30 geprägt. Vorsicht und die Gesundheit aller Stand an erster Stelle, wodurch wir den
31 Großteil unserer Angebote lediglich digital durchgeführt haben. Jedoch mussten wir
32 feststellen, dass dies unsere Arbeit und vor allem die Aktivität unserer Mitglieder
33 maßgeblich beeinflusst hat. Daher möchten wir wieder vermehrt über Präsenz
34 Angebote nachzudenken, um somit unsere Mitglieder zu (re)aktivieren. Dabei wollen
35 wir das Infektionsgeschehen stets im Blick behalten und unsere Veranstaltungen so
36 sicher wie möglich gestalten und auch weiterhin digitale Angebote anbieten.

37

38

39 Unsere diesjährige Arbeitsgrundlage basiert auf den Themen "Gesundheit und
40 Pflege", "Diversität, Feminsimus&Queer", "Internationalies & Frieden" und "Bildung &
41 Digitalisierung". Dabei sollen stets verschiedene Probleme und Möglichkeiten durch
42 unsere Arbeit beleuchtet werden. Zudem wollen wir unsere Schwerpunkte stets
43 themenübergreifend denken und bearbeiten. Eine antifaschistische Perspektive ist
44 für uns dabei unerlässlich. Doch auch den ländlichen Raum sowie umwelt- und
45 klimapolitische Betrachtungsweisen wollen wir stets mit einfließen lassen. Wir halten
46 uns offen auch weitere Themen zu beleuchten und in unsere politische Arbeit
47 miteinfließen zu lassen. Unser Ziel ist es, über ein möglichst breites
48 Themenspektrum zu informieren und dazu zu arbeiten.

49 **Inhaltliche Themenschwerpunkte**

50

51 **Gesundheit und Pflege:**

52

53 In der kommenden Amtszeit nehmen wir uns vor, das Themengebiet der
54 Gesundheitspolitik zu bearbeiten. Die menschliche Gesundheit ist ein Thema, in
55 welchem man Überschneidungen zu sehr vielen anderen Themengebieten hat, denn
56 es ist klar, dass die menschliche Gesundheit Voraussetzung für nahezu alle
57 Lebensbereiche ist. Sie ist die Basis für unser soziales Leben, unser Arbeitsleben
58 und für die generelle Lebensqualität aller Menschen. Auch haben wir maßgeblich
59 durch die weltweite Corona-Pandemie gemerkt, dass das Thema Gesundheit in
60 vielen Bereichen nicht von unserer internationalistischen Arbeit zu trennen ist.

61 Auch aus sozialistischer Sicht ist die Gesundheit ein fundamentales Thema. Sie
62 wird beeinflusst durch sozialen Status, durch Vermögensverhältnisse, für unsere
63 Gesundheit gibt es einen gigantischen Markt mit Produkten und Dienstleistungen,
64 durch welche Kapitalist*innen Profite zu erringen versuchen. So zum Beispiel die
65 Pharmaindustrie oder auch beim Thema des gemeinschaftlichen Eigentums und der
66 Erhaltung öffentlicher Krankenhäuser, besonders im ländlichen Raum.

67 Für uns als sozialistischer Verband und als Teil der Arbeiter*innenbewegung ist es
68 klar, dass wir uns mit der Debatte um Personal, Arbeitsbedingungen und Entlohnung
69 in den Bereichen der Pflege und auch des restlichen Gesundheitssektors
70 auseinandersetzen müssen.

71 Auch sehen wir die psychische Gesundheit als einen Aspekt der Gesundheitspolitik
72 an, der in der Zukunft an Relevanz gewinnen wird und derzeit zu wenig
73 Aufmerksamkeit bekommt. Ob es nun der Mangel an Therapeut*innen ist, die mit
74 den Krankenkassen abrechnen dürfen oder die Dynamik zwischen globalen
75 Medienkonzernen, welche das neurochemische Konzert von Kindern in frühen
76 Lebensjahren für Profite ausnutzen, ohne jedwede ernsthafte Regulation oder
77 Übersicht: Die psychische Gesundheit verlangt eine stärkere politische Rolle.

78

79 Zusätzlich müssen wir im Zusammenhang mit dem Thema Gesundheit auch eine
80 Schnittmenge finden zwischen Themen der Diversität und der Inklusion. So ist es
81 zum Beispiel Fakt, dass schon die Toleranz für LGBTQIA+ Themen in Familien einen
82 fundamentalen Einfluss auf die psychische Gesundheit von Menschen hat und zum
83 Teil dramatische Folgen haben kann.

84 Aber auch das Thema Inklusion muss wieder mehr in den Vordergrund gerückt
85 werden. In diesem Feld wollen wir uns ebenfalls mit der Lebenssituation von
86 Menschen mit Behinderungen beschäftigen sowie mit dem Ableismus, der
87 Pflegesituation in zum Beispiel Pflege- und Wohnheimen und der Arbeitswelt
88 beispielsweise in Werkstätten für Menschen mit Behinderung.

89

90 **Diversität, Feminismus & Queer**

91

92 Als Jusos sind wir ein feministischer Richtungsverband. Auf diesem Grundsatz wird
93 auch die Arbeit des künftigen Bezirksvorstands aufbauen und durch diesen
94 entscheidend mitgeprägt werden. Wir möchten unsere feministische Perspektive
95 künftig aber auch noch weiterdenken und mehrfache Diskriminierung und
96 Intersektionalismus, stärker in den Blick nehmen. In unserer Bildungs- und
97 Verbandsarbeit, sowie hinsichtlich unserer Beschlusslagen, möchten wir uns hier
98 inhaltlich besser aufstellen. Intern und auch nach außen möchten wir deutlich
99 machen, dass unser Feminismus inklusiv ist und alle Betroffenen einschließt.

100

101 Als wichtigen Teil unserer feministischen Verbandsarbeit sehen wir die gezielte
102 Vernetzung und Förderung von FINTA-Personen in unserem Verband an. Die schon
103 existierende Frauenvernetzung möchten wir hierfür proaktiv weiterentwickeln und
104 gezielt auch für FINTA-Personen öffnen. Auf unseren Seminaren in Präsenz
105 möchten wir ebenfalls einen Rahmen schaffen, sodass die Frauenvernetzung auch
106 hier einen Raum bekommt. Zudem wollen wir Frauen grundsätzlich gezielt
107 ansprechen und sie auf unsere Veranstaltungen hinweisen.

108 Gemeinsam mit den Unterbezirken und Kreisvereinen möchten wir nach
109 Möglichkeiten suchen, um eine Form der Frauennetzung auch auf dieser Ebene
110 zu etablieren.

111

112 Für uns ist klar, dass die Beschäftigung mit dem Themenfeld Feminismus nicht nur
113 von Frauen ausgehen sollte, sondern konkret auch die Reflektion männlicher
114 Privilegien bedingt. Der Bezirksvorstand wird auch weiterhin darauf hinarbeiten, dass
115 die nach wie vor patriarchal geprägten Strukturen in unserem Bezirk aufgebrochen
116 werden. Im Verband möchten wir beispielsweise noch deutlicher darauf achten, dass
117 die Quotierungen eingehalten werden und es auf unseren Veranstaltungen nicht zu
118 dominantem Gesprächs- oder Debattenverhalten von Männern kommt. Auch
119 innerhalb der Bezirks-SPD werden wir unsere feministische Perspektive konstruktiv
120 einbringen und auf bestehende Missstände hinweisen, sowie aktiv versuchen diese
121 zu beseitigen.

122

123 Des Weiteren wird der Bezirksvorstand queere Themen stärker in die Verbandsarbeit
124 einbinden und mitdenken. Es sollen Wege gefunden werden, um queere Menschen
125 im Bezirk aktiv zusammenzubringen und ein positives Umfeld für diese zu schaffen.

126 Gerade in unserem ländlich geprägten Bezirk sehen sich vor allem junge queere
127 Menschen mit Diskriminierung und Stigmatisierung konfrontiert. Wir möchten in
128 diesem Bereich Aufklärungsarbeit leisten und Awareness für die noch immer
129 problematische Situation queerer Menschen schaffen.

130

131 In die Bezirks-SPD möchten wir uns mit unserer Expertise zu queeren Themen
132 ebenfalls einbringen und dafür streiten, dass diese Themen auch hier deutlich mehr
133 Gehör und Beachtung finden.

134 **Internationales & Frieden**

135

136 Aufgrund der aktuellen außenpolitischen Lage wollen wir uns intensiv mit der
137 internationalen Politik, den internationalen wirtschaftlichen Verflechtungen
138 und Friedens- und Sicherheitspolitik auseinandersetzen. Wir müssen uns der
139 laufenden Debatte stellen, wie wir langfristig Frieden in Europa wiederherstellen und
140 sichern können. Wir dürfen die Interessen vermeintlicher hegemonialer Staaten nicht
141 über die sicherheitspolitischen Bedürfnisse anderer osteuropäischer Staaten stellen.
142 Hier stellt sich auch die Grundsatzfrage von der Unterstützung von
143 Waffenlieferungen, die in der aktuellen Situation zweifelsfrei an neuer Relevanz
144 gewonnen hat und dessen Auslieferungen an die Ukraine wir in vollem Umfang
145 weiter unterstützen müssen. Wir wollen dabei klar machen, dass wir einen
146 europäischen Ansatz in der Friedenspolitik verfolgen und insbesondere die Außen-
147 und Sicherheitspolitik durch osteuropäische Perspektiven ergänzen müssen.

148

149 Wenn wir über Friedenspolitik sprechen, reden wir auch über Energiepolitik! Dies ist
150 gerade durch unsere energiepolitische Abhängigkeit von verschiedensten autoritären
151 Staaten, so zum Beispiel Russland, deutlich geworden. Unser Ziel muss es sein,
152 diese zu reduzieren und perspektivisch irrelevant zu machen. Wir setzen uns jetzt
153 erst recht für einen schnellen Ausbau der erneuerbaren Energien und die damit
154 einhergehende klimafreundliche Transformation des Energiesektors ein. Dass diese
155 bisher verschlafen wurde, darf jedoch nicht bedeuten, dass umweltschädliche
156 Energieproduktion nun wieder salonfähig wird. Insbesondere die Suche nach
157 Atommüll-Endlagern stellt den ländlichen Raum und unseren Bezirk vor neue
158 Herausforderungen, da auch hier potentielle Standorte vorhanden sind. Zu dieser
159 Problematik müssen wir eine Position entwickeln.

160 **Bildung & Digitalisierung**

161

162 In der Bildungspolitik möchten wir uns mit Schwerpunkten auseinandersetzen, die
163 eine große Altersspanne abdecken. So ist es dringend notwendig, sich intensiver mit
164 der frühkindlichen Bildung zu beschäftigen. In diesem Kontext müssen wir uns mit
165 der Ausbildung und Anerkennung von pädagogischen Fachkräften
166 auseinandersetzen und Fehlentwicklungen korrigieren. Wir müssen eine solidarische
167 Position mit den Fachkräften des Bildungssektors entwickeln, welche unter einem
168 akuten Personalmangel und fehlendem Schutz gelitten haben und leiden.

169

170 Zudem möchten wir uns mit dem Thema Ganztagschule auseinandersetzen. Hier
171 sehen wir Handlungsbedarf und möchten die aktuelle Ausgestaltung definieren. Dies
172 ist gerade in Hinsicht auf die immer stärker werdende "Durchtaktung" des Lebens
173 von Kindern wichtig. Hier wollen wir diskutieren, wie man Kindern Freiheiten schaffen
174 kann und die Angebote der Betreuung besser gestalten kann. Bildungsstätten sind
175 keine Aufbewahrungsorte, sondern sollten Kindern ihre Freiheit und Eigenständigkeit
176 erhalten und diese fördern.

177

178 Wir müssen uns weiterhin damit auseinandersetzen, wie wir junge Menschen in ihrer
179 Ausbildung, egal ob schulisch oder beruflich und ihrem Studium finanziell
180 unterstützen können. Sinkende Zahlen in der Förderung von Ausbildung und
181 Studium sind für uns eine besorgniserregende Entwicklung. In diesem Kontext
182 möchten wir uns auch damit beschäftigen, wie wir die finanzielle Förderung von
183 Bildung auf breitere Altersstufen erweitern können. Es darf keine Benachteiligung
184 von Kindern der Arbeiter*innenklasse geben. Diese findet allerdings dadurch statt,
185 dass viele Schüler*innen ihre Familien schon früh finanziell unterstützen müssen.

186

187 Gerade durch die Corona-Pandemie ist bemerkbar geworden, dass die digitale Lehre
188 nicht ansatzweise so intensiv ist wie in Präsenz. Hier haben sich Bildungslücken
189 gebildet. Zudem gibt es bedeutende Benachteiligungen von Menschen in der

190 Arbeiter*innenklasse, welche sich auf ihr privates Lernumfeld ausgewirkt haben. Dies
191 gilt es zu beachten.

192

193 Wir möchten zudem auf die Umsetzung der Digitalisierung in Bildungseinrichtungen
194 (Grund- und weiterführenden Schulen, aber auch an (Fach-) Hochschulen und
195 Universitäten) drängen. Hier ist noch zu wenig getan. Immer noch haben nicht alle
196 Schüler*innen digitale Lehrmittel und teilweise haben Schulen nicht mal eine
197 funktionierende Internetversorgung. Hier möchten wir, dass die Maßnahmen und
198 Pläne, die angekündigt werden, auch konsequent umgesetzt und soziale Aspekte
199 hierbei stärker beachtet werden. Dazu wollen wir konkret auf die entsprechenden
200 Verantwortlichen zugehen.

201

202 **Ländlicher Raum:**

203

204 Die rein ländlich geprägte Struktur unseres Bezirks bringt uns als Verband in eine
205 einzigartige Situation. Wir sind der einzige Bezirks- oder Landesverband der Jusos,
206 der keine Universität hat und auch keine richtige Großstadt. Wir sind uns dieser
207 Situation bewusst. Bei unserer inhaltlichen Arbeit möchten wir immer die ländliche
208 Perspektive mitdenken und auch im Gesamtverband dahin wirken, dass wir
209 Probleme nicht immer nur mit einem rein urbanen Fokus betrachten. Wir sehen uns
210 als die Stimme des ländlichen Raums und wollen dies sowohl in unserer eigenen
211 Arbeit, als auch in unserer Arbeit im gesamten Verband vertreten.

212

213 **Antifaschismus:**

214

215 Antifaschismus ist ein sehr wichtiger Grundwert der Jusos und soll auch in diesem
216 Bezirksvorstand behandelt werden. Wir möchten an der Arbeit des vorherigen
217 Bezirksvorstandes zu diesem Thema anknüpfen und sie fortführen. Während wir
218 unsere vier thematischen Schwerpunkte haben - Gesundheit & Pflege, Bildung &

219 Digitalisierung, Internationales & Frieden und Diversität, Feminismus & queer - sollen
220 diese auch stets mit einer antifaschistischen Perspektive betrachtet werden.
221 Antifaschistische Arbeit ist in allen Bereichen wichtig, da Rassismus und
222 Antisemitismus ebenfalls in allen Bereichen vorkommt. Dagegen müssen wir
223 weiterhin vorgehen und für eine antifaschistische Zukunft und Gesellschaft kämpfen.

224 Wir werden weiterhin antifaschistische Bildungsarbeit leisten sowie die aktuellen
225 Geschehnisse im Blick behalten und auf diese gegebenenfalls gesondert und über
226 verschiedene Wege eingehen. Wir sehen es als unsere Aufgabe an, aktiv und auch
227 präventiv gegen Rassismus und Antisemitismus vorzugehen. Zudem wollen wir uns
228 als Bezirksvorstand selbst und auch durch die Unterstützung der Kreisvereine und
229 Unterbezirke aktiv in die antifaschistische Bündnisarbeit auf regionaler Ebene
230 einbringen.

231

232 **Umwelt:**

233

234 In den letzten Amtszeiten des Bezirksvorstandes haben wir uns intensiv mit der
235 sozialökologischen Transformation beschäftigt und eine breit aufgebaute
236 Beschlusslage gebildet. Wir werden in diesem Bereich an diese Beschlüsse
237 anknüpfen müssen. Die Lage in der Umweltpolitik ist seit unserer letzten
238 Beschlusslage noch nicht in einem ausreichenden Maße fortgeschritten und unsere
239 vorhandenen Beschlüsse bedürfen in großen Teilen eine Arbeit, die die
240 Aufmerksamkeit bei diesem Thema am Leben erhält und einen starken
241 innerparteilichen und öffentlichen Druck ausübt, um die Maßnahmen tatsächlich
242 durchzusetzen. Wir werden uns allerdings dafür einsetzen müssen, unsere
243 Beschlüsse an die durch die verstrichene und vergebene Zeit weiter verschlimmerte
244 wissenschaftliche Lagebeschreibung anzupassen und diese zu aktualisieren.
245 Außerdem müssen wir unsere Arbeit zum Thema Umweltpolitik neu einordnen, denn
246 die außen- und sicherheitspolitische Situation wirkt sich spürbar auf die Situation bei
247 Energiepreisen und auch bei den Lebenshaltungskosten aus. Im Kontext eben jener
248 Verflechtungen hat diese einen enormen Bedeutungszuwachs erhalten und wird uns
249 auch auf kurze und mittelfristige Sicht intensiv beschäftigen.

250

251 **Bildungsarbeit:**

252

253 In unserer zukünftigen Bildungsarbeit wollen wir sowohl Online- als auch
254 Präsenzangebote nutzen. Das Format der Online-Seminare hat sich seit Beginn der
255 Pandemie durchaus bewährt. So ist es möglich, abendfüllende Veranstaltungen auch
256 innerhalb der Woche abzuhalten, welche sich mit verschiedenen politischen Themen
257 beschäftigen. Auch die Teilnahme ist hierbei deutlich einfacher, da sie ohne große
258 Distanzen und großen Zeitaufwand möglich ist. Ein derart flexibles Angebot möchten
259 wir sehr gerne beibehalten. Nun, da perspektivisch jedoch auch
260 Präsenzveranstaltungen wieder möglich sind, planen wir, auch diese wieder
261 priorisiert anzubieten. So kann es uns gelingen, abwechslungsreich über
262 verschiedene Themen zu sprechen, Inhalte an Interessierte weiterzugeben, zu
263 diskutieren und uns zu vernetzen.

264

265 Besonders für die Seminare werden wir mit externen und internen Referent*innen
266 zusammenarbeiten. Dies gilt aber auch für unsere anderen Bildungsangebote. So
267 können wir unser Wissen und unsere Perspektiven dauerhaft erweitern.
268 Im kommenden Jahr wollen wir uns deshalb mit unseren bisherigen Angeboten, wie
269 beispielsweise dem Verbandsmagazin, näher auseinandersetzen und über
270 Möglichkeiten nachdenken, wie wir diese noch verbessern können. Am Format der
271 Themenwochen, welches wir auf Instagram begonnen haben, möchten wir weiter
272 festhalten. Auch die Denkfabriken, welche wir im letzten Jahr begonnen haben,
273 möchten wir fortführen. Die Partizipation der Mitglieder inner- und außerhalb des
274 Bezirks hilft dabei, möglichst viele Perspektiven auf ein Thema zu erhalten. Daraus
275 lassen sich viele gute Ansätze für künftige politische Arbeiten, wie beispielsweise das
276 Stellen von Anträgen, ableiten. Bei all unseren Bildungsangeboten soll eine
277 möglichst große Themenvielfalt vorherrschen. Hierbei wollen wir auch
278 themenübergreifend arbeiten, um politische und gesellschaftliche Zusammenhänge
279 besser aufzeigen zu können.
280 Wir bleiben stets offen für weitere Formate und behalten uns vor, diese in unsere
281 Arbeit zu integrieren, sollten sie uns hilfreich und angemessen erscheinen.

282 **Öffentlichkeitsarbeit:**

283

284 Die Öffentlichkeitsarbeit über Social-Media ist ein wichtiger Bestandteil unserer
285 Kommunikation als Bezirk, da wir leicht und schnell unsere Arbeit und Inhalte über
286 diese Kanäle verbreiten können. Deshalb wollen wir auch weiterhin die Sozialen-
287 Medien einsetzen, um gezielt Genoss*innen auf dem aktuellen Stand zu halten, über
288 aktuelle Themen und, am wichtigsten, über unsere Veranstaltungen zu informieren.
289 Den Landtagswahlkampf in diesem Jahr möchten wir nach unseren Möglichkeiten
290 unterstützen und in diesem Zuge diskutieren, wie sinnvoll das Schalten von Werbung
291 für unsere Posts ist, um auch Menschen außerhalb unserer Filterblase zu erreichen.

292 Unsere Webseite soll stets auf dem neuesten Stand sein, vor allem was die Daten
293 der Unterbezirke und Kreisvereine betrifft. Über ein neues Design der Webseite soll
294 diskutiert und alle Möglichkeiten überprüft werden.

295 Die Kommunikation unserer politischen Arbeit und unserer Ziele ist schon immer ein
296 fundamentaler Teil unserer Arbeit und wird es auch auf Dauer bleiben. Wir wollen
297 unsere Präsenz in den sozialen Medien mindestens beibehalten und im Optimalfall
298 verbessern. Sie dient uns nicht nur, um unsere Mitglieder über unser Handeln zu
299 informieren, stattdessen ist sie auch heutzutage einer der wichtigsten Teile unserer
300 Arbeit, da die öffentliche Meinungsbildung in vielen Teilen dort stattfindet. Wir werden
301 unser Repertoire an Medienangeboten evaluieren und wenn nötig kürzen oder
302 ergänzen. So werden wir Veranstaltungen aktiver bewerben, versuchen
303 Videoformate einzuführen und das Verbandsmagazin in einer zugänglicheren Form
304 erhalten und verbessern. Zudem werden wir daran arbeiten , unsere Unterbezirke in
305 ihrer Medienarbeit zu unterstützen und dort unsere Zusammenarbeit ebenfalls zu
306 stärken.

307

308 **Awareness-Team:**

309

310 Auch im kommenden Jahr soll das Awareness-Team wieder fester Bestandteil
311 unserer Arbeit im Bezirk sein. Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und Homo-

312 oder Transphobie haben bei uns keinen Platz, weshalb wir uns aktiv gegen jegliche
313 Form der Diskriminierung und Ausgrenzung einsetzen werden. Außerdem wollen wir
314 aufkommende Konflikte mit gegenseitigem Respekt und Verständnis aus dem Weg
315 räumen. Als Ansprechpartner*innen dafür wird es zu diesem Zweck auch weiterhin
316 ein Awareness-Team geben. Das Awareness-Team soll für alle Mitglieder der Jusos
317 im Bezirk dauerhaft ansprechbar sein. Daher wird es auch auf unseren
318 Präsenzveranstaltungen immer ein Awareness-Team geben. Grundsätzlich wollen
319 wir dadurch sicherstellen, dass sich jede*r auf und außerhalb unseren
320 Veranstaltungen wohl fühlt.

321

322 **Landtagswahl:**

323

324 Im Oktober steht die Landtagswahl an und auch wir wollen unseren Teil dazu
325 beitragen, dass Niedersachsen endlich wieder progressiv regiert werden kann.
326 Gleichzeitig wollen wir Jusos den Landtag verjüngen und endlich eine echte
327 Repräsentanz für unsere Themen auf Landesebene schaffen.

328 Im Landtagswahlkampf möchten wir so gut es geht im Wahlkampf
329 unterstützen, insbesondere den jungen Kandidierenden wollen wir unter die Arme
330 greifen. Im Landtagswahlkampf möchten wir eng mit unserem Juso Landesvorstand
331 zusammenarbeiten und uns an den geplanten Aktionen beteiligen, sowie diese in
332 Nord-Niedersachsen mitorganisieren.

333 Zusätzlich dazu möchten wir auch unsere eigenen Akzente setzen und eigene Wege
334 zur Unterstützung finden. Dies können beispielsweise Online-Formate mit den
335 jungen Kandidierenden oder auch eigenes Material sein.

336 Zudem möchten wir gerne unsere Unterbezirke und Kreisvereine bei der
337 Landtagswahl unterstützen.

338 **Zusammenarbeit mit anderen Juso-Ebenen:**

339

340 **Unterbezirke/Kreisvereine:**

341

342 Im letzten Jahr waren wir sehr zufrieden mit der Zusammenarbeit und der
343 gegenseitigen Unterstützung unserer sechs Unterbezirke und Kreisvereine
344 untereinander und gemeinsam mit dem Bezirksvorstand. Daher wollen wir uns auch
345 weiter um einen engen und regelmäßigen Austausch, meistens in Form von
346 "Bezirksvorstand+ Schalten", sorgen. Dabei verstehen wir uns als unterstützende
347 Ebene und wollen sowohl durch unsere Bildungsarbeit, als auch durch Unterstützung
348 vor Ort bei Veranstaltungen, die Unterbezirke und Kreisvereine bestmöglich
349 unterstützen. Konkrete Unterstützung wollen wir auch im Bezug auf Social Media
350 oder der Frauenförderung bieten. Außerdem möchten wir gerne die Unterbezirke und
351 Kreisvereine in unsere Bildungsarbeit einbeziehen und die Expertise, die wir alle
352 gemeinsam haben, bestmöglich nutzen. Jederzeit bieten wir den Unterbezirken und
353 Kreisvereinen unsere Unterstützung bei der Organisation von Veranstaltungen an.

354

355 **Niedersächsische Bezirke/Bremen:**

356

357 Mit den anderen niedersächsischen Bezirken und der Landesorganisation Bremen
358 wollen wir weiterhin im engen Austausch stehen und zusammenarbeiten. Auch beim
359 diesjährigen Bundeskongress werden wir eine gemeinsame niedersächsische
360 Delegation vertreten haben, welche sich zuvor in enger Zusammenarbeit auf den
361 Bundeskongress vorbereiten wird. Einen Austausch zwischen den
362 niedersächsischen Bezirken und Bremen auf dem Bundeskongress streben wir an.
363 Für Veranstaltungen der SPD, wie beispielsweise dem Landesparteitag, wollen wir
364 durch gemeinsame Absprachen die Meinungen und Arbeit der Jusos bestmöglich
365 einbringen. Wenn es möglich sein sollte, streben wir auch gemeinsame Aktionen und
366 Seminare mit den niedersächsischen Bezirken und auch Bremen an und versuchen,
367 diese gemeinsam umzusetzen.

368 **Landesvorstand:**

369 Mit dem Landesvorstand wollen wir weiterhin eine enge Zusammenarbeit anstreben,
370 um unseren Themen auch auf Landesebene eine Stimme zu verleihen. Dazu wollen
371 wir uns an Veranstaltungen des Lavos beteiligen und uns regelmäßig austauschen.
372 Zusätzlich dazu wollen wir den Landesvorstand im Landtagswahlkampf bei uns im
373 Bezirk unterstützen. Außerdem wollen wir weiterhin durch Menschen aus Nord-
374 Niedersachsen im Landesvorstand vertreten sein und die Arbeit dort weiter mit voran
375 bringen.

376

377 **Bundesebene:**

378

379 Auch bei der Bundesebene ist uns ein enger Austausch wichtig. Daher möchten wir
380 regelmäßig an Veranstaltungen des Bundesverbands teilnehmen. Dabei wollen wir
381 auch unsere Themen mit auf die Bundesebene nehmen und auf den Diskurs der
382 Jusos Einfluss nehmen. Durch die Wahl von Lasse in den Juso Bundesvorstand sind
383 wir dort seit Langem wieder vertreten. Daher wollen wir als Vorstand eng mit Lasse
384 zusammen arbeiten.

385 **Verhältnis zur Bezirks-SPD**

386 Als Jusos prägen wir die Arbeit der Bezirks SPD stark mit. Wir verhalten uns der
387 Bezirks SPD gegenüber solidarisch, bewahren uns aber unsere kritisch
388 beobachtende Position. Wir werden auch weiterhin Einfluss auf die Inhalte nehmen
389 und unsere Positionen mit einfließen lassen und stärken. Auch im kommenden Jahr
390 werden wir progressive Inhalte auch innerhalb der Bezirks SPD voranbringen und die
391 Repräsentanz von Jusos auf dieser Ebene sicherstellen, um eine bestmögliche
392 Einflussnahme auf die Themen möglich zu machen.

393 **Frauenförderung**

394

395 Auch im kommenden Bezirksvorstandsjahr wollen wir uns verstärkt mit der
396 Frauenförderung auseinandersetzen. Nach wie vor sind verhältnismäßig wenig
397 Frauen politisch aktiv, geschweige denn, dass sie Ämter innehaben. Wir möchten,
398 dass die Interessen Aller gleichermaßen repräsentiert sind und somit auch
399 gleichermaßen von Frauen vertreten werden. Daher möchten wir die
400 Frauenvernetzung weiter stärken.

401 Nun, da voraussichtlich wieder mehr Präsenzveranstaltungen stattfinden können,
402 möchten wir Frauenvernetzungstreffen auch in Präsenz durchführen. Doch auch die
403 Online-Vernetzung möchten wir gerne beibehalten, da sie sich gerade für kleinere
404 Workshops sehr gut anbietet. Bei den übrigen Präsenzveranstaltungen des BeVos
405 werden wir zudem einen Zeitraum einrichten, welcher für die Frauenvernetzung
406 bestimmt ist. So können wir ermöglichen, möglichst viele Frauen bei diesen und
407 zukünftigen Präsenztreffen und Frauenvernetzungs-Veranstaltungen dabei zu haben.
408 In diesem Zusammenhang soll auch die Zusammenarbeit mit den Unterbezirken und
409 Kreisvereinen im Bezirk gestärkt werden. Die Frauen aus den Unterbezirken und
410 Kreisvereinen können von den dortigen aktiven Mitgliedern auf die Frauenvernetzung
411 aufmerksam gemacht und dazu motiviert werden, den Treffen beizuwohnen.
412 Andersherum möchten wir auch die Unterbezirke und Kreisvereine dabei
413 unterstützen, sodass sie eine gezielte Frauenförderung betreiben können.

414 Innerhalb der Frauenvernetzung wollen wir uns auch gegenseitig unterstützen. Wir
415 wollen Skills und Wissen austauschen und uns bei Problemen jedweder Art Hilfe
416 bieten. Dafür ist es notwendig, dass die Frauenvernetzung ein Safe Space ist, für alle
417 Beteiligten. Wir wollen an dieser Stelle deutlich machen, dass es sich
418 unmissverständlich um einen Safe Space für FINTA*-Personen handelt und wir dafür
419 Sorge tragen, dass dies so bleibt. Alle sollen sich sicher fühlen, ihre Meinung zu
420 sagen, Hilfe zu suchen sowie Erfahrungen und Wissen auszutauschen und zu
421 diskutieren.

422

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....**1 A02: Frauen in die Politik!**

2

3 Unsere Parlamente sollten uns alle repräsentieren. Doch ist dies noch lange nicht
4 der Fall. Frauen und junge Menschen, insbesondere junge Frauen, sind in der Politik
5 noch stark unterrepräsentiert. Der Frauenanteil im Bundestag liegt bei circa 34
6 Prozent, im niedersächsischen Landtag sind es nur 28 Prozent und in den
7 Kommunalparlamenten sind es durchschnittlich nur 25 Prozent. Es ist also eindeutig,
8 dass unsere Parlamente es noch nicht schaffen, Frauen vernünftig zu
9 repräsentieren.

10 Dass Frauen so unterrepräsentiert sind, liegt jedoch nicht daran, dass Frauen
11 weniger politisch interessiert wären oder einfach kein Interesse an einer Kandidatur
12 hätten. Gesellschaftliche Strukturen oder Abläufe in der Politik führen dazu, dass
13 Frauen sich weniger oft zutrauen, für ein Amt zu kandidieren. Da Frauen, selbst
14 wenn sie genau so viel arbeiten wie Männer, trotzdem noch den Großteil der Care
15 Arbeit im eigenen Haushalt erledigen, trauen sie sich zeitlich seltener zu, für ein
16 Mandat zu kandidieren. Darüber hinaus machen Frauen den Großteil der
17 alleinerziehenden Haushalte aus, was ebenso ein Hindernis ist, kandidieren zu
18 wollen oder zu können.

19 Aber auch wenn Frauen kandidieren, haben sie durchschnittlich schlechtere
20 Chancen als Männer, tatsächlich gewählt zu werden, da die gleichen Eigenschaften
21 anders wahrgenommen werden. Bei männlichen Kandidierenden wird es
22 beispielsweise grundsätzlich als sehr positiv wahrgenommen, wenn diese Kinder
23 haben. Bei Frauen ist es jedoch in der allgemeinen Wahrnehmung negativ, wenn sie
24 trotz Kindern ein Mandat anstreben. Darüber hinaus begegnen Frauen auch generell
25 im Prozess der Kandidatur größere Hürden als Männer. So kriegen sie zum Beispiel
26 weniger Aufmerksamkeit von den Medien und haben auch oft größere
27 Schwierigkeiten, Sponsoren oder anderen finanziellen Support zu finden. Deshalb ist
28 es unumgebar, gesellschaftliche Strukturen, die Frauen daran hindern zu

29 kandidieren, zu reflektieren und zu bekämpfen. Außerdem bedarf es einer intensiven
30 Förderungen von Frauen, damit sie sich öfter zutrauen, sich für ein solches Amt
31 aufstellen zu lassen.

32 Diese Förderung von Frauen kommt gerade in der Politik immer noch viel zu kurz.
33 Und das ist nicht nur ein Problem der konservativen Parteien. Auch auf den SPD-
34 Listen, sowohl für Kommunalwahlen als auch für Listen für die Landtags- und
35 Bundestagswahl, sind Frauen und Menschen unter 35 stark unterrepräsentiert. Bei
36 der Bundestagswahl standen auf unserer Nord-Niedersächsischen Liste vier Männer
37 - und alle über 35 Jahre alt. Bei den Kommunalwahlen gab es Listen für die
38 Kreistagswahl, auf denen insgesamt nur eine einzige Frau vertreten war. Listen
39 wurden nicht stringent quotiert, unter anderem durch Argumente wie den
40 Regionalproporz. Auch bei uns spielen Bias immer noch eine Rolle. Kandidieren
41 Frauen für ein Wahlkreismandat, werden sie auf den jeweiligen Versammlungen
42 häufig trotzdem nicht aufgestellt und das nicht, weil sie weniger kompetent sind,
43 sondern weil wir sie durch unsere Bias oft für weniger geeignet halten. Wir müssen
44 uns dieser Bias bewusstwerden und unser daraus resultierendes Verhalten
45 reflektieren.

46 Und auch wenn teilweise guter Wille da ist, gibt es immer noch viele Strukturen, die
47 Frauen an einer Kandidatur hindern oder abschrecken. Wir mögen offensichtliche
48 Probleme mit unseren Listen haben, doch viele Frauen schaffen es nicht einmal auf
49 diese rauf.

50 Unsere innerparteilichen Strukturen sind für viele Frauen und junge Menschen
51 abschreckend. Sitzungen ohne Redezeiten oder Redelisten führen meist zu einer
52 sehr männlich geprägten Debatte, wirken oft einschüchtern und lassen keinen Raum
53 für andere, sich zu beteiligen.

54

55 Genauso werden viele Entscheidungen immer noch im Hinterzimmer, also in
56 internen Runden getroffen, welche extrem männlich geprägt sind und
57 dementsprechend auch eher männliche Kandidierende fördern. Solche Runden
58 müssen durchbrochen werden, denn diese hindern nicht nur Frauen am Kandidieren,
59 sondern auch junge Menschen, da diese Hinterzimmer-Runden sich meist aus
60 erfahrenen Genossen zusammensetzen.

61 Genau aus dem Argument der Erfahrung haben es junge Kandidierende auch im
62 Generellen schwerer, gute Listenplätze zu bekommen. Das Argument, alle die
63 bereits einen Sitz haben unbedingt soweit unterstützen zu müssen, dass sie diesen
64 auch behalten, schützt alte Strukturen und verhindert die Förderung von jungen
65 Kandidierenden. Natürlich braucht es in den Parlamenten auch erfahrene Menschen,
66 aber eben nicht ausschließlich. Junge Menschen sind immer noch kaum
67 repräsentiert und besonders eng ist es an der Schnittstelle von beiden
68 angesprochenen Punkten. Auch wenn teilweise weibliche oder junge Kandidierende
69 vertreten sind, so ist die Kombination, also junge Frauen, am stärksten
70 unterrepräsentiert. Politik braucht Multiperspektivität - und die schaffen wir nicht
71 indem wir alles so beibehalten, wie es ist, sondern indem wir alte Strukturen
72 überdenken und gezielt fördern.

73

74 Daher fordern wir:

- 75 • Förderung und Unterstützung von Frauen und jungen Kandidierenden, bereits
76 von der Basis an
- 77 • Aufmerksamkeit lenken auf mögliche Bias und diese reflektieren
- 78 • Gesellschaftliche und parteiliche Strukturen, die Frauen am kandidieren
79 hindern, durchbrechen und bekämpfen
- 80 • bei allen Listen neben einer Quotierung auch eine*n Kandidat*in unter 35 auf
81 den ersten fünf Plätzen

82

83 **Weiterleitung:**

84 SPD Bezirksparteitag

85

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....**1 A03: Gewalt gegen Frauen stoppen!**

2

3 Analyse

4 Jeden Tag versucht ein Mann in Deutschland, seine (Ex-) Partnerin zu ermorden.
5 Jeden dritten Tag gelingt es. Diese Statistik ist wohl bekannt, und dennoch bleiben
6 die notwendigen Maßnahmen aus. 2020 gab es 148.031 Fälle partnerschaftlicher
7 Gewalt, so das statistische Bundesamt. Hinzu kommen noch die Gewalttaten, die
8 außerhalb einer Partnerschaft geschehen und schließlich auch noch die Fälle, die nie
9 angezeigt und aktenkundig werden. Seit 2014 steigt die Anzahl angezeigter Fälle, die
10 Dunkelziffer bleibt dennoch sehr hoch. Die statistischen erfassten Gewalttaten
11 nehmen allerdings immer weiter zu, was eine zunehmende Bedeutung des Themas
12 deutlich werden lässt.
13 Es bleibt dabei: Die meisten Frauen erfahren Gewalt innerhalb der (Ex-)
14 Partnerschaft. Wenn es schließlich zu einem Femizid kommt - der Tötung von
15 Frauen und Mädchen aufgrund ihres Geschlechts - fallen die Gerichtsurteile häufig
16 erstaunlich mild aus. Vorausgesetzt es kommt überhaupt zu einer Anklage. Wenn es
17 dabei zu einer sogenannten "Trennungstötung" kommt, wird dies vor Gericht häufig
18 als Totschlag und nicht als Mord bewertet. Dieser Umstand geht zurück auf ein Urteil
19 des Bundesgerichtshofs vom 29.10.2008. Darin wurde entschieden, dass niedrige
20 Beweggründe – sie sind das juristische Kennzeichen für Mord – dann in Zweifel
21 stehen, wenn die Trennung von dem Tatopfer ausgeht und der Angeklagte durch die
22 Tat sich dessen beraubt fühlt, was er nicht verlieren will. Das Opfer gilt dem Urteil
23 zufolge vor der Tat als Eigentum des Täters. Hierbei werden eindeutig patriarchale
24 Gedankenmuster und Besitzkonstruktionen gerichtlich aufrechterhalten. Dies können
25 wir unmöglich so stehen lassen, daher muss dieses Urteil aufgehoben werden. Es
26 kann nicht länger als Präzedenzfall fungieren. Des Weiteren erachten wir die
27 Einführung des Straftatbestands "Femizid" für sinnvoll und angemessen. Morde, die

28 aufgrund von Hass auf Frauen geschehen, müssen als solche benannt, anerkannt
29 und entsprechend sanktioniert werden.

30

31 Auch müssen Femizide medial und in der Öffentlichkeit als solche benannt werden.
32 Begriffe wie "Ehrenmord" oder "Familiendrama" spiegeln nicht die Tatsachen wider
33 und verharmlosen Morde, die aufgrund des Hasses auf das weibliche Geschlecht
34 geschehen sind. Eine Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit kann nur
35 funktionieren, wenn auch die entsprechend angebrachte Terminologie verwendet
36 wird.

37 In diesem Zusammenhang muss auch über die Situation der Frauenhäuser
38 gesprochen werden. Derzeit ist es so, dass Frauenhäuser sich über Spenden und
39 die Kommunen finanzieren. Die Kommunen sind jedoch nicht zur Finanzierung
40 verpflichtet. Das heißt, sie können bestehende Zahlungen jederzeit einstellen oder
41 kürzen. Es kann nicht sein, dass Frauenhäuser nur existieren können, wenn die
42 jeweilige Kommune entscheidet, dass sie sich eine solche Einrichtung leisten
43 möchten. Es muss daher ein Festbetrag ermittelt werden, die definitiv dafür sorgen,
44 dass die Frauenhäuser finanziell abgesichert sind. Bund, Länder und Kommunen
45 müssen gesetzlich verpflichtet sein, diese Beiträge zu zahlen. Es kann hierbei nicht
46 erwartet werden, dass die Kommunen die Kosten alleine tragen. Argumente wie "Das
47 ist aber Sache der Kommunen", werden also nicht gültig sein. Durch die geregelte
48 und abgesicherte Finanzierung können schließlich auch ausreichend Häuser und
49 Plätze errichtet werden.

50

51 Ein Problem der vielen Hilfsangeboten ist, dass es immer noch Hemmungen gibt,
52 diese zu nutzen. Das ist vor allem für Frauen mit Behinderungen, Frauen mit
53 Suchtproblemen und Frauen mit Migrationshintergrund ein Thema. Hier ist es sehr
54 wichtig, weiter darüber aufzuklären, dass die Angebote für alle da sind und sich
55 niemand davor scheuen sollte, ein solch wichtiges Angebot anzunehmen.

56 Vor allem Frauen mit Behinderung leiden häufig unter Gewalt. Fast die Hälfte von
57 ihnen hat schon einmal sexuelle Gewalt in ihrem Leben erfahren, zwei- bis dreimal
58 so oft wie Frauen ohne Behinderung. Es muss viel mehr für das Thema sensibilisiert
59 werden, denn die viele der Übergriffe geschehen sowohl in den Wohneinrichtungen
60 als auch bei der privaten Pflege.

61 Das Beispiel aus Potsdam vom 28. April 2021, wo in einer Wohneinrichtung für
62 Menschen mit Behinderung vier Menschen getötet und einer schwer verletzt wurde,
63 erschüttert besonders, doch es zeigt auch wieder, dass es viel Gewalt in diesen
64 Bereichen gibt. Es ist wichtig, dass es für Betroffene unabhängige Beratungsstellen
65 gibt, die aber nicht nur ausschließlich von Menschen ohne Behinderung betrieben
66 werden. Doch nicht nur Beratungsstellen für Betroffene, die vor allem barrierefrei
67 sind, sind wichtig, sondern auch (unangekündigte) Kontrollen von
68 Pflegeeinrichtungen. Dabei sind auch Gespräche mit Bewohner*innen wichtig, ohne
69 Anwesenheit vom Personal, um offen über Probleme oder Vorfälle sprechen zu
70 können.

71

72 Des Weiteren muss auch die geschlechts- und genderspezifische Gewalt gegen
73 LGBTQIA+ Zugehörige mehr Aufmerksamkeit erfahren. Mittels Studien kann eine
74 breitere öffentliche Aufmerksamkeit geschaffen und entsprechend notwendige
75 Maßnahmen aus den Studien abgeleitet und untermauert werden. Dass wir und
76 andere Verbände dabei zusätzlich Aufklärungsarbeit leisten, ist unerlässlich.

77

78 Wir benötigen Konzepte, die als Präventionsmaßnahme in Institutionen und Vereinen
79 etabliert werden. Anwärter*innen für die jeweiligen Positionen sollten beispielsweise
80 ein erweitertes Führungszeugnis vor Antritt der Stelle vorlegen müssen, sowie
81 Awareness-Trainings absolvieren. Darin soll für geschlechts- und genderspezifische
82 Gewalt und Diskriminierungsformen sensibilisiert werden. Verweigern die
83 Anwärter*innen die Teilnahme oder die Vorlage des erweiterten
84 Führungszeugnisses, so können sie die Stelle nicht antreten. Durch diese
85 Maßnahmen kann präventiv gegen geschlechtsspezifische Gewalt, Diskriminierung
86 und sexualisierte Gewalt im öffentlichen Raum vorgegangen werden.
87 Denn schließlich ist Deutschland Teil der Istanbul-Konventionen und hat sich dazu
88 verpflichtet, Maßnahmen zum Schutz und zur Täter*innenverfolgung zu ergreifen.
89 Dies geschieht in einem viel zu geringem Ausmaß. Die GREVIO ist eine
90 unabhängige Expert*innengruppe, welche die Umsetzung der Istanbul-Konvention in
91 allen Mitgliedsländern überwacht und bei Bedarf Handlungsempfehlungen abgibt.
92 Diesen Empfehlungen muss Deutschland zwingend und zeitnah nachkommen. Auch

93 die anderen Forderungen dieses Antrags würden dazu beitragen, dass den Istanbul-
94 Konventionen entsprochen wird.

95

96 Um Gewalt gegen Frauen schon früher entgegen zu wirken brauchen wir eine
97 stärkere Aufklärung in den Schulen. Es muss über die verschiedenen Formen von
98 Gewalt, sowie über das Geschlechtsspezifische an Gewalt umfassend und
99 regelmäßig aufgeklärt werden. Stalking sollte dabei ebenfalls thematisiert werden, da
100 dies sowohl im analogen, als auch digitalen Raum auftreten kann. Zudem kann auch
101 in Schulen sexualisierte Gewalt, sowohl online als auch offline, auftreten. Es ist
102 wichtig, dass auch Jugendliche schon früh für das Thema Gewalt sensibilisiert
103 werden, um später die Anzeichen zu erkennen, aber auch damit sie wissen wo man
104 sich am besten Hilfe suchen oder Betroffenen helfen kann. Auch Lehrkräfte müssen
105 daher an Fortbildungen teilnehmen, damit auch sie Warnzeichen erkennen und
106 Betroffenen helfen können. Lehrkräfte müssen auch Warnzeichen bei Täter*innen
107 erkennen und lernen, was sie tun müssen, sobald ihnen die Identität bekannt ist.
108 Dies kann Schüler*innen selbst betreffen, andere Lehrkräfte oder auch andere
109 Personen im Umfeld der betroffenen Schüler*innen können Täter*innen sein,
110 beispielsweise in der Familie oder in Vereinen.

111

112 Daher leiten sich für uns aus all diesen Informationen folgende Forderungen ab:

113

114 **Forderungen:**

115 - Der BGH Beschluss vom 29.10.2008 - BGH 2 StR 349/08 - "Wenn die Trennung
116 vom Tatopfer ausgeht und der Angeklagte durch die Tat sich dessen beraubt fühlt,
117 was er eigentlich nicht verlieren will, entfallen die Mordmerkmale" muss aufgehoben
118 werden. Dieses Urteil darf nicht länger als Präzedenzfall fungieren, wenn Femizide
119 vor Gericht verurteilt werden. Hierbei handelt es sich eindeutig um patriarchale
120 Besitzkonstruktionen, die wir unmöglich gerichtlich so stehen lassen können!

121

122 - Es muss ein eigener Straftatbestand Femizid eingeführt werden!

123

124 - Femizide müssen als solche auch in den Medien benannt werden! Begriffe, wie
125 "Ehrenmord" oder "Familiendrama" verharmlosen die Taten und untergraben die

126 geschlechterspezifische Gewalt, die sich dahinter verbirgt und in den meisten Fällen
127 gegen Frauen gerichtet ist.

128

129 - Frauenhäuser benötigen eine sichere gesetzliche Grundlage, welche die
130 Finanzierung der Frauenhäuser sicherstellt. Es darf nicht länger auf Spenden und
131 der Freiwilligkeit der Kommunen basieren, ob Frauenhäuser finanzielle Mittel
132 erhalten oder nicht. Stattdessen müssen gesetzlich Beträge festgesetzt werden, die
133 definitiv für den Erhalt der Frauenhäuser ausreichen. Bund und Länder, sowie die
134 Kommunen müssen gesetzlich verpflichtet sein, einen entsprechenden Teil ihres
135 Haushaltes in Frauenhäuser zu investieren.

136

137 - Durch eine gesicherte Finanzierung müssen somit auch genügend Frauenhäuser
138 und Frauenhausplätze geschaffen werden. Derzeit verfügen ca. 90 Kreise in
139 Deutschland über kein Frauenhaus. Die Kapazitäten müssen unbedingt erweitert
140 werden, sodass der Bedarf, der leider besteht, auch tatsächlich gedeckt wird. Lange
141 Wartezeiten auf einen Platz im Frauenhaus dürfen nicht weiter vorkommen!

142

143 - Es darf keine Frau von den Leistungsansprüchen aus dem Sozialgesetzbuch (SGB
144 II und SGB XII) ausgeschlossen werden. Studentinnen, Auszubildende,
145 Asylbewerberinnen und Frauen mit eigenem Einkommen müssen ebenfalls Anspruch
146 auf finanzielle Leistungen über das SGB erhalten. Es kann nicht sein, dass
147 schutzsuchende Frauen, gegebenenfalls auch mit Kindern, für ihre Unterkunft in
148 einem Frauenhaus selbst aufkommen müssen.

149

150 - Die Kostenerstattung zwischen den Kommunen, welche notwendig wird, wenn
151 Frauen in ein Frauenhaus einer anderen Kommune untergebracht werden, muss
152 vereinfacht werden. Eine Verlegung der Frauen in andere Kommunen ist oftmals aus
153 Schutzgründen notwendig und darf nicht an einem komplizierten
154 Kostenerstattungsverfahren scheitern.

155

156 - Es braucht mehr spezifische Hilfsangebote für Frauen mit beispielsweise
157 Suchtproblemen oder Migrationshintergrund, denn diese scheuen sich prozentual
158 häufiger davor, die Angebote anzunehmen.

159

160 - Um der geschlechtsspezifischen Gewalt gegenüber Frauen mit Behinderung
161 entgegen zu wirken, braucht es unabhängige, flächendeckende barrierefreie
162 Beratungsstellen, die auch von Menschen mit Behinderung mitbetrieben werden. Es
163 müsse unangekündigte Kontrollen beispielsweise in Pflegeeinrichtungen
164 durchgeführt werden, da es häufig keine Möglichkeit für Bewohner*innen gibt, sich
165 außerhalb der Einrichtung Hilfe zu suchen und alleine, ohne Pflegepersonal, mit
166 unabhängigen Helfenden zu sprechen.

167

168 - Gewalt gegen LGBTQIA+ Zugehörige findet häufig statt, erfährt jedoch kaum
169 öffentliche Aufmerksamkeit. Für den korrekten Umgang mit dieser Form geschlechts-
170 und genderspezifischer Gewalt und für die Sensibilisierung der Öffentlichkeit
171 darüber, müssen Studien angefertigt und veröffentlicht werden. Diese Zahlen und
172 Daten müssen regelmäßig erhoben werden, damit die darauffolgenden Maßnahmen
173 adäquat auf dieses enorme Problem angepasst werden können. Diese Form von
174 Gewalt muss als solche klar benannt werden und darf nicht verharmlost oder
175 vernachlässigt werden.

176

177 - Die Einführung präventiver und bewusstseinschaffender Konzepte in Vereinen und
178 Institutionen. Bevor ehrenamtliche und hauptamtliche Stellen im öffentlichen Raum
179 angetreten werden (wie beispielsweise im Sport, der Kirche und anderen
180 Institutionen und Vereinen), müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt werden:

- 181 • Die Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses (sobald dort Einträge
182 vorhanden sind, insbesondere bezüglich diskriminierenden, belästigenden
183 und/oder gewalttätigen Verhaltens gegenüber Frauen, darf die Person den
184 Posten nicht antreten).
- 185 • Anwärter*innen müssen ein Awareness-Training durchführen. Ohne Vorlage
186 eines erfolgreichen Teilnahmenachweises dürfen die Personen den Posten
187 nicht übernehmen. Diese Awareness-Trainings müssen regelmäßig, alle 2
188 Jahre, durchgeführt werden.

189 In diesen Awareness-Trainings sollen die Teilnehmer*innen für
190 geschlechtsspezifische Gewalt und Diskriminierung sensibilisiert werden. Des
191 Weiteren sollen während des Trainings Gutachten über die Bewerber*innen

192 erstellt werden, in denen festgehalten werden soll, ob sie das nötige
193 Bewusstsein für eine Stelle als Gutachter*in innehaben. Falls dies nicht
194 festgestellt wird, gilt das Training als nicht-erfolgreich absolviert. Das nötige
195 Zertifikat kann dann nicht ausgestellt werden.
196 Die Awareness-Trainings müssen von Professionellen abgehalten werden (In
197 Frage kommen beispielsweise Gleichstellungsbeauftragte; Vertreter*innen von
198 Menschenrechtsorganisationen oder Personen, die bei
199 Frauenrechtsorganisationen tätig sind). Sexualisierte Gewalt muss in diesen
200 Trainings ebenfalls zwingend thematisiert werden.

- 201 • Diese Anforderungen gelten gleichermaßen für Ehrenamtliche und
202 Hauptamtliche!

203 So kann ein Bewusstsein für geschlechtsspezifische Diskriminierung und Gewalt
204 geschaffen werden, sowie ein sichereres Umfeld, welches auf
205 Präventionsmaßnahmen aufgebaut ist.

206

207 - Deutschland ist Teil der Istanbul Konvention und somit verpflichtet gegen sämtliche
208 Formen von Gewalt, insbesondere geschlechtsspezifischer Gewalt, vorzugehen.
209 Dies geschieht bisher nicht im nötigen Ausmaß. Deutschland muss die
210 eingegangene Pflicht erfüllen:

- 211 • Betroffenen muss wirksam Sicherheit geboten werden
- 212 • Die Gesellschaft muss für das Thema sensibilisiert werden, offizielle
213 Verharmlosungen von geschlechtsspezifischer Gewalt dürfen nicht mehr
214 vorkommen! Dies dient der Gewaltprävention.
- 215 • Strafrechtliche Normen müssen dazu beitragen, dass geschlechtsspezifische
216 Gewalttaten verfolgt und sanktioniert werden. Diese Prozesse müssen effektiv
217 sein. Den Betroffenen muss ein möglichst leichter Zugang zu solchen
218 Prozessen gewährt werden, die nicht retraumatisierend sein dürfen. Dem
219 bisher praktizierten Täter*innenschutz muss ein Ende gesetzt werden.
- 220 • Den Handlungsempfehlungen der GREVIO muss jetzt und in Zukunft zeitnah
221 Folge geleistet werden!

222

223 - Präventions- und Aufklärungsarbeit bezüglich sexualisierter und
224 geschlechtsspezifischer Gewalt muss bereits im jungen Alter geschehen. Vor allem

225 in der Schule, sollte dies ein viel größeres Thema sein. Es muss verpflichtend im
226 Lehrplan stehen und es sollten regelmäßig Seminare und Workshops innerhalb der
227 Klassen und Jahrgänge durchgeführt werden. Diese Seminare sollten ab der dritten
228 Klasse alle 3 Jahre durchgeführt und die Inhalte, abhängig vom Jahrgang,
229 altersgerecht vermittelt werden.

230

231 - Auch für Lehrkräfte muss es Fortbildungsmöglichkeiten geben, damit sie in dem
232 Thema der geschlechtsspezifischen Gewalt geschult werden, sich über die Probleme
233 bewusstwerden und lernen, auf Warnzeichen zu achten und adäquat zu reagieren.
234 Lehrkräfte müssen als pädagogische Fachkraft dazu in der Lage sein, mit
235 Betroffenen umzugehen und ihnen beispielsweise Hilfsangebote vorzustellen. Des
236 Weiteren müssen sie wissen, an welche Stellen sie sich wenden und wie sie sich
237 verhalten müssen, wenn sie die Identitäten der Täter*innen kennen - sowohl von
238 minderjährigen als auch von volljährigen Täter*innen innerhalb und außerhalb der
239 Schulen.

240

241 **Weiterleitungen**

- 242 • Juso Bundeskongress
- 243 • Bundesparteitag
- 244 • Bezirksparteitag

245

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....**1 A04: Mehr Feminismus wagen! Für eine gleichberechtigte Zukunft**

2

3 Im vergangenen BeVo Jahr haben wir uns ausführlich mit feministischen Themen
4 beschäftigt und schließlich im Rahmen einer digitalen "Antragswerkstatt" mit vielen
5 Interessierten aus dem Bezirk über feministische Themen gesprochen und aus
6 diesen Forderungen formuliert. So konnten wir viele verschiedene Themen und
7 Perspektiven in diesen Antrag mit einfließen lassen. Uns allen ist bewusst, wie
8 wichtig der Feminismus auch heute noch ist. Sowohl weltweit, aber auch in
9 Deutschland gibt es noch viele Probleme, die zwingend angegangen werden
10 müssen. Die sexistisch geprägte Arbeitswelt, in der Frauen nach wie vor sehr häufig
11 diskriminiert werden, Care Arbeit, welche wir nochmal etwas gesondert von der
12 Arbeitswelt betrachten, und auch Grundverständnisse des Feminismus werden in
13 diesem Antrag behandelt. Es ist klar, dass hierbei nicht alle Probleme behandelt
14 werden können. Jedoch sind wir sicher, dass innerhalb dieses Antrags viele wichtige
15 Themen und Forderungen ausgesprochen wurden, die der Gesamtgesellschaft
16 nützlich sein und mehr feministische Werte verbreiten werden.

17

18 Pay me like a white man

19 Gleiche Arbeit, gleicher Lohn, das sollte selbst in einer kapitalistischen Welt
20 selbstverständlich sein. Schließlich ist die Arbeitskraft und Leistung die gleiche wie
21 bei Männern. Trotzdem ist der Gender Pay Gap immer noch Realität, und die
22 Entwicklung stagniert. Im Jahr 2021 verdienten Frauen in Deutschland im
23 Durchschnitt 18% weniger als Männer - unverändert zum Vorjahr. Der Gender Pay
24 Gap ist außerdem ein Phänomen, dass sich nicht mit der Berufswahl erklären lässt.
25 Auch bei gleichem Beruf, gleicher Aus- und Weiterbildung und gleichem Grad an
26 Erfahrung verdienen Frauen im Schnitt immer noch fünf Prozent weniger als Männer.
27 Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit muss zur verpflichtenden Norm werden -
28 unabhängig vom Geschlecht oder anderen Faktoren. Diese ungleiche Bezahlung

29 führt nicht nur zu einer schwierigen finanziellen Situation vieler Frauen, sondern auch
30 zu einer im Durchschnitt viel niedrigeren Rente, wodurch die Gefahr der Altersarmut
31 bei Frauen viel stärker ist als bei Männern.

32 Zusätzlich dazu sind Frauen auch weiterhin in Führungsebenen stark
33 unterrepräsentiert. zwar sind 44 Prozent der Arbeitnehmenden in Deutschland
34 Frauen, jedoch sind dies in Führungsebenen nur noch 26 Prozent. Männernetzwerke
35 und Vorurteile machen es Frauen schwer, in die Führungsebene befördert zu
36 werden, obwohl sie häufig ähnliche oder bessere Qualifizierung als ihre männlichen
37 Kontrahenten haben. Daher braucht es dringend eine Vorstandsquote, denn nur
38 durch Frauen in Führungspositionen können weitere Frauen empowert und
39 Stereotype abgebaut werden. Auch die Gremien, die die Posten letztendlich
40 besetzen, sollten quotiert besetzt sein.

41 Darüber hinaus sollten Betriebe ihre eigenen Strukturen reflektieren und
42 Gleichstellungsbeauftragte etablieren. Eine zuverlässige und vertrauliche Anlaufstelle
43 für Frauen kann einen enormen Unterschied dabei machen, wie wohl sich Frauen an
44 ihrem Arbeitsplatz fühlen und zum Schutz vor sexuellen Übergriffen beitragen.
45 Zusätzlich dazu sollten sich auch Männer mit sexueller Belästigung am Arbeitsplatz
46 auseinandersetzen. Hierbei bedarf es klarer Regeln und Aufklärungsarbeit.

47 Arbeitsplätze sollten außerdem auf Bedürfnisse von Frauen ausgerichtet sein. Dies
48 kann sich unter anderem durch das kostenlose Bereitstellen von
49 Menstruationsprodukten gestalten.

50 Auch bei der Berufswahl gibt es immer noch viele Klischees und Stereotype. Berufe
51 werden als typischer "Männerberuf" oder "Frauenberuf" angesehen. Für uns steht
52 fest: Berufe sind für kein Geschlecht prädestiniert und solche Stereotype müssen
53 überwunden werden. Insbesondere Frauen, die in einem männlich dominierten
54 Berufsfeld arbeiten, müssen gefördert und unterstützt werden.

55

56 **Forderungen:**

- 57 • Verpflichtung, allen Arbeitnehmenden bei gleichen Voraussetzungen auch das
58 gleiche Gehalt zu zahlen
- 59 • Eine verpflichtende 40 Prozent Quote für alle Führungspositionen
- 60 • Eine paritätische Besetzung der Auswahlgremien bei der Job- und
61 Beförderungsvergabe

- 62 • Eine verpflichtende Gleichstellungsbeauftragte für Unternehmen ab 50
63 Mitarbeitenden
- 64 • Die Pflicht für Arbeitgeber*innen, verpflichtende Fortbildungen zum Thema
65 sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz anzubieten und einen Verhaltenskodex
66 festzuschreiben
- 67 • das Bereitstellen von kostenlosen Menstruationsprodukten am Arbeitsplatz
- 68 • Empowerment für Frauen in männerdominierten Berufsfeldern
- 69 • Sensibilisierung während der Schulzeit für Genderstereotype bei Berufen

70

71

72

73 **Care-Arbeit**

74 In Deutschland arbeiten ca. 5,7 Millionen Menschen in sozialen Berufen. Etwa 80%
75 davon sind Frauen. Die Arbeitsbedingungen in diesen Berufen sind jedoch häufig
76 prekär und die Bezahlung fällt vergleichsweise recht gering aus und ist keineswegs
77 fair. Für diese Berufe existiert also nicht nur kaum gesellschaftliche Anerkennung,
78 sondern auch keine finanzielle Anerkennung. Erschwerend hinzu kommt der
79 erhebliche Personalmangel in diesen Berufen. Soziale Care-Berufe, wie
80 Gesundheits-, Pflege- und Erziehungsberufe, sind sehr fordernde und anstrengende
81 Berufe, die darüber hinaus von größter gesellschaftlicher Relevanz sind. Wem dies
82 nicht klar war, dem ist es wohl spätestens seit Beginn der Pandemie bewusst
83 geworden. Zu Zeiten des ersten Lockdowns waren beispielsweise Kindertagesstätten
84 geschlossen. Sofort waren viele Menschen überfragt, wie sie nun Kinderbetreuung
85 und Arbeit unter einen Hut bringen sollten. Endlich wurde vielen klar, dass
86 Institutionen der Kinderbetreuung nicht nur zu dem Zweck existieren, um die
87 arbeitenden Eltern zu entlasten, sondern sie tragen auch einen erheblichen Teil zur
88 Entwicklung der Kinder bei. Der Personalschlüssel, der festlegt, wie viele
89 Erzieher*innen pro Kind eingesetzt werden müssen, um eine optimale Betreuung
90 erfüllen zu können, wird in den meisten Einrichtungen unterschritten. Ein*e
91 Erzieher*in muss sich also um viel mehr Kinder kümmern, als vorgesehen. Es wird
92 immer schwieriger die Aufsichtspflicht und die übrigen Aufgaben, die im Berufsalltag
93 im Zusammenhang mit Kindern, anfallen, zu erfüllen. Dieser Zustand kann nicht
94 länger so bleiben! Des Weiteren muss festgehalten werden, dass Erzieher*innen

95 auch eine der Berufsgruppen waren, die grundsätzlich immer weiter gearbeitet
96 haben, nachdem der erste Lockdown und die damit verbundenen Kita-Schließungen
97 beendet waren. Dabei waren und sind die Fachkräfte am Arbeitsplatz stets vor
98 Ansteckungen ungeschützt, da es beispielsweise schlichtweg auch einfach nicht
99 möglich ist, dass Kinder sich verantwortungsbewusst an alle bestehenden
100 Hygieneauflagen halten. Erzieher*innen leisten eine anstrengende und wichtige
101 Arbeit und diese Arbeit sollte entsprechend honoriert werden. Das bedeutet sowohl
102 eine gesellschaftliche Aufwertung des Berufs, als auch eine finanzielle Aufwertung.
103 Der Beruf der Erzieher*innen befindet sich auf der DQR Niveaustufe 6. Dieser
104 Bildungsgrad ist gleichbedeutend mit einem Bachelor Abschluss. Es herrscht also
105 eindeutig eine Diskrepanz in der Wertschätzung der Bildungsabschlüsse vor, obwohl
106 sie sich auf demselben Niveau befinden! Bei der finanziellen Aufwertung des Berufs
107 muss sich am Tarif des öffentlichen Dienstes orientiert werden. Des Weiteren sollten
108 die Arbeits- und Ausbildungsumstände endlich verbessert werden, sodass dem
109 Fachkräftemangel entgegengewirkt werden kann.

110

111 Ähnliches gilt für die Gesundheits- und Pflegeberufe. Auch hier herrscht ein enormer
112 Fachkräftemangel vor, welcher sich seit Beginn der Pandemie dramatisch verschärft
113 hat. Diese Entwicklung darf uns nicht überraschen - auch diese Berufe erhalten keine
114 angemessene gesellschaftliche und finanzielle Anerkennung. Des Weiteren passiert
115 nur wenig bis gar nichts, wodurch dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden
116 könnte und die prekären Arbeitsbedingungen beendet werden könnten. Es kann
117 nicht sein, dass medizinisches Personal stundenlang ohne Pause, ohne Zeit auf
118 Toilette zu gehen, arbeiten muss. Auch gesetzlich vorgeschriebene Ruhetage,
119 welche nach spätestens 13 Arbeitstagen im Pflegebereich erfolgen müssen, werden
120 oftmals übergangen. Das Arbeitsrecht wird hier also mit Füßen getreten. Die Folge
121 ist, dass viele Menschen ihre Arbeitszeit verkürzen oder kündigen. Der
122 Fachkräftemangel steigt also weiter an und das pausenlose Arbeiten und
123 ausgelassene Ruhetage bleiben weiter bestehen. Auch hier muss also eine Menge
124 passieren. Es bedarf neuer Pflegekonzepte, es muss eine gesellschaftliche und
125 finanzielle Aufwertung stattfinden und Arbeits- und Ausbildungsbedingungen
126 verbessert werden! Der Beruf der Pflegehelfer*innen muss hierbei explizit benannt
127 werden, da diese Berufsgruppe in der Vergangenheit oftmals bei Forderungen,

128 Verbesserungen und der gesamtgesellschaftlichen Aufmerksamkeit übergangen und
129 übersehen worden ist.

130 Die privaten Betriebe müssen gesondert betrachtet werden. Sie können sich schnell
131 aus der Verantwortung ziehen und zahlen oftmals ebenfalls Gehälter, die unter dem
132 des öffentlichen Dienstes liegen. Hier müssen also Lösungen gefunden werden, die
133 auch den Pflegekräften zu Gute kommen, die in privaten Einrichtungen arbeiten.
134 Daraus leiten sich für uns folgende Forderungen ab:

135

136 **Forderungen:**

- 137 • Die Ausbildung zur staatlich geprüften Sozialassistent*in muss nach dem Tarif
138 des öffentlichen Dienstes vergütet werden. Der Anspruch auf diese Vergütung
139 muss bundesweit gesetzlich verankert werden.
- 140 • Die Ausbildung zur staatlich geprüften Erzieher*in muss nach dem Tarif des
141 öffentlichen Dienstes vergütet werden. Der Anspruch auf diese Vergütung
142 muss bundesweit gesetzlich verankert werden.
- 143 • Die Länder müssen die Kosten für die Ausbildung übernehmen und somit
144 auch das von einigen Berufsschulen geforderte Schulgeld. Es kann nicht
145 länger sein, dass die Auszubildenden dieses Schulgeld zahlen müssen.
- 146 • Die Ausbildung muss aufgewertet werden, indem sichergestellt wird, dass
147 jede*r einzelne Auszubildende durch qualifizierte Ausbilder*innen professionell
148 im Praktikum angeleitet wird.
- 149 • Es müssen ausreichend viele Weiterbildungen und somit
150 Aufstiegsmöglichkeiten für die Arbeiter*innen im erzieherischen Bereich
151 angeboten werden.
- 152 • Die gesellschaftliche Aufwertung des Berufs muss erfolgen. Mit Klischees der
153 “Basteltanten” und “Kaffeetrinker*innen” muss gebrochen werden. Selbst das
154 Familienministerium verwendet Formulierungen wie “Kümmerer” für
155 professionelle Erzieher*innen. Diese Terminologien werten die Professionalität
156 des Berufs ab und verkennen die anspruchsvolle Ausbildung, welche die
157 Fachkräfte zuvor durchlaufen müssen. Da diese Formulierungen häufig
158 besonders auf Frauen gemünzt sind, wird gerade ihnen die Kompetenz und
159 Professionalität abgesprochen. Dies muss geändert werden, indem besonders
160 von offiziellen Institutionen, wie dem Familienministerium, die korrekten

161 Begriffe verwendet werden, wie beispielsweise: Erzieher*innen,
162 Sozialassistent*innen, therapeutische Fachkräfte oder Heilpädagog*innen. Die
163 Professionalität dieser Berufe muss sichtbar gemacht werden!

- 164 • Pflegepersonal, welches im medizinischen Sektor arbeitet, muss nach dem
165 Tarif des öffentlichen Dienstes bezahlt werden. Dies muss auch für die
166 Pflegehelfer*innen gelten und ist bundesweit gesetzlich zu verankern.
- 167 • Einführung einer betrieblichen Altersvorsorge für die Pflegefachkräfte und
168 Pflegehelfer*innen.
- 169 • Es müssen mehr Anreize geschaffen werden:
170 - Fortbildungen zu absolvieren. Fortbildungen sollten nicht weiterhin aus der
171 eigenen Tasche gezahlt werden müssen.
172 - Wer Fortbildungen erfolgreich absolviert hat, muss zukünftig auch ein
173 entsprechend höheres Gehalt ausgezahlt bekommen.
174 - Es müssen mehr Stellen und Möglichkeiten geschaffen werden, sodass ein
175 beruflicher Aufstieg nach einer Fortbildung ermöglicht werden kann.

176

177 **Intersektionalismus**

178 Für uns gilt: Unser Feminismus ist intersektional! Uns muss klar sein, dass
179 Menschen nicht ausschließlich aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert werden.
180 Auch Ableismus, Klassismus, Rassismus, Antisemitismus, Altersdiskriminierung,
181 Diskriminierung aufgrund der Religion oder Sexualität, sind hierbei mit inbegriffen -
182 um nur einige Beispiele zu nennen. Wir müssen uns darüber bewusst sein, dass
183 Diskriminierung nur hinreichend analysiert und aufgebrochen werden kann, wenn wir
184 verstehen, dass alle Diskriminierungskategorien in gleicher Weise berücksichtigt
185 werden müssen. Bei vielen Menschen überlappen sich diese Kategorien und es
186 kommt zu einer verstärkten und erhöhten Anzahl an Diskriminierungserfahrungen.
187 Diese verschiedenen Diskriminierungskategorien verschärfen sich gegenseitig. Wir
188 müssen diese gleichzeitigen Formen der Diskriminierung anerkennen, um die
189 Ungleichheiten und die Tiefen der Diskriminierungsformen und ihre Beziehungen
190 zueinander in jedem Kontext begreifen zu können.

191 Da wir den intersektionalen Feminismus ausleben wollen, müssen wir ein
192 Bewusstsein für die verschiedenen Diskriminierungsformen in der breiten

193 Öffentlichkeit schaffen und dafür sensibilisieren. Dies muss weiterhin Teil unserer
194 politischen (Bildungs-) Arbeit bleiben.

195 Wir als Verband müssen uns selbst dazu verpflichten, uns stets weiterzubilden. Wir
196 möchten ein repräsentativer Verband sein, daher müssen wir die betroffenen
197 Personen gezielt fördern. Natürlich müssen wir uns auch mit ihnen solidarisieren,
198 ihre Diskriminierungserfahrungen anerkennen und Unterstützungsangebote schaffen.
199 Daher leiten wir daraus folgende Forderungen ab:

200

201 **Forderungen:**

- 202 • Bewusstsein für die verschiedenen Diskriminierungsformen schaffen
- 203 • Sich mit den Betroffenen solidarisieren
- 204 • Es müssen Unterstützungsangebote geschaffen werden
- 205 • Wir als Verband müssen uns selbst dazu verpflichten, uns stets weiterzubilden
206 und betroffenen Personen stets zu fördern und zu unterstützen
- 207 • Wir wollen intersektionalen Feminismus leben und daher auch für eine
208 intersektionale Repräsentation in unserem Verband sorgen!

209

210

211 **Weiterleitung:**

- 212 • Juso Bundeskongress
- 213 • SPD Bundesparteitag
- 214 • SPD Bezirksparteitag

215

A05

**Bezirksdelegierten-
konferenz 25.06.2022**

Antragsteller:
Bezirksvorstand

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A05: Ein Traum von Freiheit – Europa hört nicht hinter der Oder auf.**

2
3 Wir sind ein internationalistischer Jugendverband, genau deswegen müssen wir uns
4 fortlaufend mit politischen Entwicklungen nicht nur in unseren Nachbarländern,
5 sondern auch weltweit beschäftigen. Es ist recht eindeutig welches Thema die
6 internationale Politik zurzeit und für die absehbare Zukunft intensiv beschäftigen wird
7 - das Thema ist die Außen- und Sicherheitspolitik. Im Angesicht des Angriffskriegs
8 und der Kriegsverbrechen des russischen Staates müssen wir diese Situation derzeit
9 laufend neu bewerten und ihr große Aufmerksamkeit schenken. Gerade im Angesicht
10 eines faschistisch-oligarchischen Krieges können wir nicht still bleiben und keine
11 Position beziehen. Aber auch unsere Nachbarländer in Osteuropa und ihre
12 Sicherheitsinteressen, welche gerade durch Russland noch massiver bedroht
13 werden dürfen, wir hier nicht länger außerhalb unseres Fokus lassen. Zusätzlich
14 müssen wir auch die Situation von osteuropäischen Menschen in Deutschland und
15 besonders den Geflüchteten nicht ignorieren.

16

17 **Der historische Rückblick wünscht sich Aufarbeitung.**

18

19 Gerade im Hinblick auf die derzeitige Situation und die Tendenz so mancher
20 Amtsträger*innen und ehemaliger Amtsträger*innen aus nahezu allen Parteien ist ein
21 Rückblick und die Forderung nach konsequenter Aufarbeitung der eigenen
22 Geschichte des Kolonialismus in Osteuropa notwendiger denn je. Denn einige
23 veraltete Positionen zu unseren Nachbarstaaten in Osteuropa lassen sich durch eine
24 rückwärtsgewandte und von unreflektiertem Kolonialismus geprägte Sichtweise
25 erklären. Diese gilt es zu reflektieren und zu ändern.

26 So lässt sich so manche Fixierung auf eine Kooperation mit Russland auf den
27 historischen Umstand zurückführen, dass Deutschland und Russland zusammen mit

28 dem Habsburger Österreich im 19. Jahrhundert Polen untereinander aufgeteilt haben
29 und somit eine Zeit lang direkt Nachbarn waren.

30 Auch hat ein großer Teil der Shoah welcher sich auch außerhalb der bekannten
31 Lager, so zum Beispiel auf den Gebieten des heutigen Belarus und der Ukraine
32 vollzogen hat, keinen festen Platz in der Gedenkkultur, dies gilt es zu ändern.

33 Des Weiteren wird auch die massenhafte Vernichtung und der Ausbeutungskrieg
34 gegen die nicht-jüdische Bevölkerung Osteuropas während des zweiten Weltkrieges
35 nicht genügend Aufmerksamkeit in der öffentlichen Gedenkarbeit gegeben.

36 Nicht zu vergessen ist ebenfalls der vorausgegangene Hitler-Stalin-Pakt in dem sich
37 die Sowjetunion und Deutschland für eine kurze Weile Osteuropa untereinander
38 "aufgeteilt" haben, der vom Dritten Reich wiederum schnell gebrochen wurde, um die
39 eigenen Größenwahnsinnigen Pläne durchzusetzen. Demnach gilt es, die Gedenk-
40 und Versöhnungskultur auf die Menschen in Osteuropa zu erweitern, um neben den
41 unzähligen Sowjetischen Opfern auch auf das Leiden vieler weiterer Völker
42 Osteuropas aufmerksam zu machen. Dies soll das Gedenken an diese Nationen in
43 den Vordergrund rücken. Denn es handelt sich aktuell nicht um den Krieg der
44 Russen, sondern um Putins Krieg! Da sich all dies bis heute auch auf die aktuelle
45 politische Lage auswirkt gilt es diesen Umstand zu verändern und die Perspektive
46 eben jener Nationen in unserer Arbeit nicht unbeachtet zu lassen, dies ist unsere
47 Aufgabe.

48

49 **Antislawismus in Diskussionen über Rassismus nicht vergessen!**

50

51 Als antirassistischer Jugendverband ist es ebenfalls unsere Aufgabe die dauerhafte
52 Diskussion über Rassismus und den Kampf gegen jedwede Form des Rassismus
53 und Antisemitismus zu führen.

54 In dieser Arbeit muss der Kampf gegen den Antislawismus, welcher für Betroffene
55 heutzutage immer noch täglich spürbar ist, eine stärkere Rolle spielen. Der
56 Rassismus in Europa besteht nicht nur aus einem binären Schema aus
57 verschiedenen Hautfarben. Er ist vielschichtiger als es vielen bewusst ist und ist
58 tiefer in der gesamtdeutschen Psyche verankert als es viele wahrhaben möchten. Im
59 Sinne unseres intersektionalen Bildes der Antirassismuserarbeit muss eben diese

60 Perspektive zum Thema Antislawismus deutlicher vorkommen, so überschneidet sich
61 diese Geschichte zum Beispiel auch stark mit der Geschichte des Antisemitismus.
62 Die Geschichte des Antislawismus beginnt früh, so findet man schon früh
63 rassistische Erzählungen von angeblich “weniger zivilisierten Slawen” die zum
64 Beispiel im Baltikum von Rittern des Deutschen Ordens christianisiert und “zivilisiert”
65 wurden. Diese verqueren Geschichtsbilder finden wir zum Beispiel auch heutzutage
66 oft in der Propaganda von rechtsextremen Gruppierungen wieder welche sich mit
67 dieser Geschichte von Kolonialismus und Ausbeutung identifizieren.
68 Besonders deutlich wird die tiefe Verankerung dieses Problems im frühen 20.
69 Jahrhundert und dem zweiten Weltkrieg insbesondere. So findet sich in der
70 “Rassentheorie” der Nationalsozialisten ebenfalls eine angebliche Unterscheidung
71 zwischen zivilisierten Westeuropäer*innen und unzivilisierten Menschen in
72 Osteuropa und Polen. Gerade in dieser Zeit überschneidet sich die Geschichte
73 besonders deutlich mit der des Antisemitismus. So geht oft neben der Geschichte
74 des zweiten Weltkrieges, als einem Krieg zwischen dem Westen und der
75 Sowjetunion auf der einen Seite und Deutschland auf der anderen Seite, das
76 Schicksal der Menschen in Tschechien, Polen oder auch der Ukraine deutlich unter.
77 Aber gerade dieser Widerstand darf nicht im Strom der Geschichte verschwinden.
78 Das Leiden und der Widerstand der jüdischen Pol*innen im Warschauer Ghetto ist
79 hier zum Beispiel zu nennen genauso wie der Widerstand der Partisanen im
80 ehemaligen Jugoslawien. Aber abseits dieser konkreten Beispiele wird die
81 Gedenkarbeit über die Vernichtung von unzähligen Menschen in diesen Ländern oft
82 auf wenige Beispiele reduziert oder man findet sie nur singulär zu wenigen
83 besonders prägnanten Orten wieder, dies spiegelt in keiner Weise wider, wie der
84 deutsche Kolonialismus, der deutsche Antisemitismus und der der deutsche
85 Antislawismus zum Leid von Millionen Menschen geführt hat.
86 Die mangelhafte Aufarbeitung dieser Geschichte in der Öffentlichkeit trägt bis heute
87 auch dazu bei, dass sich diese rassistischen und antisemitischen Sichtweisen auf
88 unsere Nachbarn in Polen und Osteuropa bis heute in gleicher Weise wiederfinden
89 lassen.
90

91 **Arbeiter*innensituation**

92

93 In diesem Kontext müssen wir als Jugendorganisation, die sich sowohl den
94 Arbeiter*innen als auch dem Kampf gegen Rassismus verschrieben hat, ebenfalls
95 auf die Situation von Arbeiter*innen aus Osteuropa eingehen. Eine große Anzahl von
96 Arbeiter*innen aus Osteuropa ist in Deutschland beschäftigt. Viele dieser Menschen
97 arbeiten in Deutschland für Zeitarbeitsfirmen und werden über diese an
98 verschiedenste Unternehmen vermittelt. Dazu kommen auch noch die
99 Saisonarbeiter*innen, die in der Agrarwirtschaft Deutschlands eine große Rolle
100 spielen. Ohne sie würde in diesen Industrien nichts laufen. Spätestens im Kontext
101 von Corona, den daraus resultierenden Problemen Arbeitskräfte zu finden und
102 besonders den Skandalen um die Fleischverarbeitungsfirma Tönnies im Landkreis
103 Gütersloh wurde besonders deutlich, in was für ausbeuterischen Verhältnissen
104 Saison- und Zeitarbeiter*innen aus Osteuropa und Polen in Deutschland beschäftigt
105 werden. Mangelnder Arbeitsschutz, horrenden Unterbringungen, Arbeitszeiten von
106 200 Stunden im Monat bei oftmals maximal 1500 Euro Arbeitslohn sind hier oft nur
107 die Spitze des Eisbergs. Viele dieser Menschen berichten davon, dass sie trotz
108 dieser Arbeit noch abhängig sind von Sozialleistungen. Vielleicht sind sie aber auch
109 eher wegen dieser Ausbeutung abhängig von Sozialleistungen. Hier finanziert der
110 Sozialstaat also die Ausbeutung von Arbeiter*innen, um dem Unternehmen seine
111 Profite zu sichern. Diese Arbeiter*innen sind nicht bei den Unternehmen in den sie
112 arbeiten angestellt, sie bekommen meist Arbeitsverträge in sogenannten Sub-
113 Unternehmen und diese haben sogenannte Werkverträge mit den Betrieben in den
114 die Arbeiter*innen dann tätig sind. Diese Arbeitsbedingungen und
115 Beschäftigungsverhältnisse haben starke psychologische und soziale sowie
116 finanzielle Folgen für die Beschäftigten.
117 Dies sind Zustände die unhaltbar sind. Hier verflechten sich die Ausbeutung von
118 Arbeiter*innen mit der Benachteiligung von osteuropäischen Mitmenschen mit den
119 oben angeführten rassistischen Hintergründen. Mit dem Arbeitsschutzkontrollgesetz
120 wurden den erwähnten Beschäftigungsverhältnissen Einschränkungen auferlegt und
121 es gab tatsächlich signifikante positive Entwicklungen. Hierbei ist es aber abzuwarten
122 ob die Unternehmen tatsächlich einen konstruktiven Weg zusammen mit
123 Arbeiter*innen, Gewerkschaften und Gesetzgeber einschlagen.

124 **Die Osteuropäische Perspektive auf unsere gemeinsame Sicherheitspolitik**
125 **wahrnehmen.**

126

127 Mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und die Bedrohung weiterer
128 Nachbarstaaten und EU-Mitglieder durch das Putin-Regime und seiner
129 Propagandist*innen sollte spätestens jetzt vielen Menschen klar werden, dass große
130 Teile der Außenpolitik in Bezug auf Russland ein Fehler waren Die Dogmen von
131 "Wandel durch Handel" und "Wandel durch Annäherung" waren in ihrer Intention mit
132 dem Ziel einer friedlichen Koexistenz durchaus nicht falsch, aber es ist klar, dass sie
133 kolossal fehlgeschlagen sind, allem voran durch das ständige Aussitzen und
134 Ignorieren der westlichen Regierungen von osteuropäischen Problemen. Diese
135 Fehler müssen wir annehmen und unsere Außenpolitik reflektieren und an die
136 Realität anpassen. Zu dieser Realität gehört neben dieser Irrtümer auch die
137 Akzeptanz dafür, dass deutsche Außenpolitiker*innen in der Vergangenheit von
138 unseren Nachbarländern in Osteuropa oftmals gewarnt worden sind und dass die
139 Realität nicht so rosig aussieht, wie sie manche Leute, die eben jene Dogmen
140 vertreten haben, wahrnehmen wollten. Und dass man schlicht die
141 Sicherheitsinteressen und Warnungen von anderen Nationen in Osteuropa ignoriert,
142 relativiert oder sie mit Vorwürfen abgewiesen hat. Dies geschah oftmals auch aus
143 ökonomischer Bequemlichkeit, welche sich direktere Nachbarländer zu Russland
144 sich aus ihrer realen Erfahrung nicht leisten konnten und können.

145

146 Mit dem krachenden Zusammenbruch der bisherigen Außenpolitik und der
147 angekündigten "Zeitenwende" müssen eben auch diese bisher außer Acht
148 gelassenen Sicherheitsinteressen und Bedürfnisse unserer Partnerländer in
149 Osteuropa in den Vordergrund rücken. So muss zum Beispiel klar gesagt werden,
150 dass die westeuropäische Politik sich auch aus Bequemlichkeit eine kritische und
151 nachlässige Sicht auf die NATO und Interessenskonflikte in Osteuropa nur durch ihre
152 Distanz zum russischen Regime leisten konnte. Während die EU und die NATO für
153 Länder, die in direkter Nachbarschaft eines aggressiven Regimes leben, sich diese
154 Bequemlichkeit nicht leisten können. Die EU und die NATO sind für viele unserer
155 Nachbarländer schlicht eine Lebensversicherung. Dies müssen wir anerkennen und
156 unsere Positionen danach ausrichten, dass wir uns solidarisch zeigen mit unseren

157 Nachbarländern, zumal auch unsere Schwesterparteien in diesen Ländern diese
158 Organisationen deutlich anders bewerten als wir es tun.

159

160 **Forderungen:**

161

- 162 • Es muss eine osteuropäische Perspektive auf die Außen- und
163 Sicherheitspolitik in unserer Bewertung geschaffen werden und einfließen
- 164 • In unserer Erinnerungskultur müssen die Erfahrungen und Sichtweisen von
165 allen Ländern Osteuropas gleichberechtigt wahrgenommen werden.
- 166 • Es muss eine stärkere Beschäftigung mit dem deutschen Kolonialismus in
167 Osteuropa geben
- 168 • Wir müssen unsere Antirassismuserbeit durch ein Engagement gegen
169 Antislawismus erweitern
- 170 • Wir zeigen uns solidarisch mit den Zeit- und Saisonarbeiter*innen aus
171 Osteuropa und fordern weitere Maßnahmen um fairere Arbeitsbedingungen zu
172 schaffen, hier zeigen wir uns solidarisch mit den Gewerkschaften wie der
173 NGG
- 174 • Wir erkennen an, dass die NATO für unsere Partnerländer in Osteuropa eine
175 sicherheitspolitische Notwendigkeit zum Schutz gegen den russischen
176 Imperialismus ist

177

178 **Weiterleitung:**

- 179 • **Juso Bundeskongress**

180

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A06: Gegen den regressiven Normalzustand - Antifaschistische Werte in der**
2 **Gesellschaft verankern!**

3
4 **Analyse**

5 Rassismus und rechtsextreme Einstellungen sind in Deutschland tief verankert. Dies
6 wird immer deutlicher. Die gesellschaftlichen Strukturen - von Rassismus in
7 staatlichen Behörden, über Alltagsrassismus bis hin zu rassistisch motivierten
8 Angriffen auf Menschen - müssen aufgebrochen werden. Dieser Aufgabe stellen wir
9 uns als Jusos schon lange und der Kampf ist noch lange nicht vorbei. Es gibt viel für
10 uns zu tun. Was können wir also in unserem antifaschistischen Kampf unternehmen?
11 Es ist wichtig, Betroffenen zuzuhören und den Austausch zwischen den
12 verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen zu erhöhen. Es muss sich ein
13 gesamtgesellschaftliches Bewusstsein für die verschiedenen Formen der
14 Diskriminierung und Erfahrungen entwickeln. Über diesen Weg kann auch ein
15 Prozess des Umdenkens angestoßen werden, in dem besonders privilegierte
16 Menschen eben jene Privilegien reflektieren und sich darüber bewusst werden, dass
17 leider nach wie vor verschiedene Voraussetzungen für verschiedene Menschen
18 gelten. Das Reflektieren der eigenen Privilegien kann dann schließlich zu einem
19 veränderten, bewussteren und aufmerksameren Verhalten gegenüber
20 Antifaschismus und Rassismus führen.
21 Personen, die sich rassistisch verhalten haben, müssen mit ihrem Verhalten
22 konfrontiert werden, denn Alltagsrassismus ist weiterhin inhärenter Bestandteil der
23 deutschen Gesellschaft. Mit der bisher oft praktizierten gemeinschaftlichen Kultur des
24 Wegschauens muss gebrochen werden. Auch desinteressierte Menschen müssen
25 mit dem Thema konfrontiert werden. Mit Rechtsextremismus, Rassismus und
26 Antisemitismus muss sich schlichtweg beschäftigt werden. Antisemitismus und
27 Rassismus sind für Betroffene im schlimmsten Fall tödlich. Vorkommnisse wie in
28 Hanau oder Halle/Saale zeigen dies in erschreckender Deutlichkeit. Tagtäglich

29 werden Menschen von Rechtsextremist*innen körperlich oder psychisch angegriffen.
30 Es kann nicht sein, dass hier einfach weggesehen wird, "weil es einen selbst nicht
31 betrifft." Rechtsextremismus muss uns alle angehen, wir müssen solidarisch sein und
32 gemeinsam dagegen ankämpfen. Auch öffentliche und staatliche Stellen müssen
33 hierbei in die Verantwortung genommen werden. Wir müssen gemeinsam
34 verhindern, dass Rassismus einen Platz in unserer Gesellschaft findet.

35

36 **Präventionsarbeit**

37 Konsequenzen für rassistisches Verhalten sind zwingend notwendig. Doch wir
38 müssen uns auch damit beschäftigen, wie es ermöglicht werden kann, rassistischem
39 Verhalten vorzubeugen, ein generelles Bewusstsein dafür zu schaffen und dafür zu
40 sensibilisieren.

41 Besonders die verschiedenen Formen des sogenannten Alltagsrassismus müssen
42 hierbei ausführlich besprochen werden. Große Chancen sehen wir hierfür im
43 Besonderen in der Bildung. In der frühkindlichen Bildung, in den Schulen und auch in
44 außerschulischen Bildungsstätten kann aufklärend und präventiv gearbeitet werden -
45 auch in Kooperationen. Dazu ist es allerdings auch nötig, diese Institutionen selbst
46 auf verankerten Rassismus zu überprüfen.

47

48 Forderungen:

- 49 • Sensibilisierung muss in der frühkindlichen Bildung und den Schulen
50 beginnen. Über (Alltags-)Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus
51 muss früh und regelmäßig aufgeklärt werden.
- 52 • Kerncurricula auf Diskriminierungen überprüfen und gegebenenfalls
53 anpassen.
- 54 • Lehrkräfte und Erzieher*innen zu antifaschistischen Fortbildungen und
55 Schulungen senden, beginnend im Studium und der Ausbildung.
- 56 • Anonyme Beschwerdestellen in Bildungseinrichtungen schaffen
- 57 • Konsequentes und effektives Durchgreifen bei Diskriminierungen und
58 Rassismus
- 59 • Gedenkstättenbesuche und Projektteilnahmen zum Thema Rassismus
60 ergänzend zur schulischen Behandlung des Themas.

- 61 • Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen Bildungs- und
62 Begegnungsstätten.
63 • Bilingualität muss einfacher anerkannt werden
64 • Zugänge zu Sprachkursen müssen erleichtert werden.
65

66 **Rassismus bei der Wohnungsvergabe**

67 Häufig und immer öfter wird berichtet, dass betroffene Personen keine Zusagen für
68 Wohnungen erhalten, da die Vermieter*innen und Verkäufer*innen ihre Wohnungen
69 aus rassistischen Gründen den Bewerber*innen nicht überlassen wollten. Diese
70 Praxis konnte zuletzt in Bremen aufgedeckt werden. Die rassistischen Strukturen
71 sind in allen Lebensbereichen verankert. Diesen Umstand können wir nicht einfach
72 so hinnehmen. Stattdessen müssen wir Maßnahmen einführen, die Konsequenzen
73 nach sich ziehen und weitere Fälle verhindern.

74

75 Forderungen:

- 76 • Konsequentes und effektives Durchgreifen gegen rassistische
77 Mitarbeiter*innen in Wohnungsgenoss*innenschaften und Großunternehmen
78 • Einrichtung einer anonymen Beschwerdestelle
79 • Anonymisierung des Bewerbungsverfahrens
80 • Das rechtliche Vorgehen gegen private Vermieter*innen und Verkäufer*innen
81 aufgrund diskriminierenden und rassistischen Verhaltens bei der
82 Wohnungsvergabe muss vereinfacht werden.

83

84 **- Rassismus im Netz**

85 Das Netz darf ebenfalls kein rechtsfreier Raum sein, wenn es um rassistische,
86 antisemitische, nationalistische oder jede andere Form von diskriminierenden
87 Aussagen geht. Viele Menschen mit Diskriminierungserfahrungen fühlen sich im
88 Internet und den Sozialen Medien nicht mehr sicher, denn sie sehen sich mit
89 Vorurteilen, Stigmatisierungen und Beleidigung konfrontiert. Klar ist natürlich, dass
90 sich an dieser bedenklichen und gefährlichen Situation etwas ändern muss. Es muss
91 gewährleistet werden, dass sich Jede*r im Netz sicher und gut aufgehoben fühlen
92 kann. Daher muss verhindert werden, dass sich rassistische und rechtsextreme

93 Menschen weiter hinter anonymen Namen verstecken können, ohne Konsequenzen
94 zu erfahren.

95

96 Forderungen:

- 97 • Große Messengerdienste, wie zum Beispiel Telegram oder Facebook, stärker
98 in die Pflicht nehmen, wenn es zu Verstößen auf ihren Plattformen kommt
- 99 • Entwickeln von Regelungen und Leitlinien, wie im Netz mit Rassismus,
100 Antisemitismus und anderen Form von Diskriminierung, durch deutliche
101 Maßnahmen untermauert, umgegangen werden kann
- 102 • Sanktionierungsmöglichkeiten für Betreiber*innen von Messengern und den
103 Nutzer*innen der Messenger, wenn es zu rassistischen oder anderweitig
104 diskriminierenden Aussagen kommt
- 105 • Betreiber*innen von Messengerdiensten müssen noch schneller und gezielter
106 die Identität von Nutzer*innen offenlegen, die sich rassistisch, völkisch oder
107 antisemitisch auf ihren entsprechenden Plattformen geäußert haben

108

109 **Rassismus** **am** **Arbeitsplatz**

110 Auch am Arbeitsplatz werden viele Menschen regelmäßig mit rassistischem und
111 diskriminierendem Verhalten konfrontiert. Dies kann die generelle Jobvergabe
112 betreffen, aber auch Beförderungen oder Übergriffe und Beleidigungen am
113 Arbeitsplatz. Auch in der Arbeitswelt müssen Maßnahmen ergriffen werden, die
114 eindeutig gegen solche Vorkommnisse eingesetzt werden können und ihnen auch
115 vorbeugen. Arbeitgeber*innen und Arbeitnehmer*innen müssen für das Thema
116 sensibilisiert werden und Konsequenzen erfahren, sobald sie sich diskriminierend
117 und rassistisch verhalten haben. Dafür müssen Strukturen geschaffen werden, die
118 ein effektives Vorgehen ermöglichen.

119

120 Forderungen:

- 121 • Bei Betrieben und Firmen ab 50 Mitarbeiter*innen muss es eine*n
122 Gleichstellungsbeauftragte*n geben
- 123 • Bei Betrieben und Firmen ab 50 Mitarbeiter*innen muss eine anonyme
124 Beschwerdestelle eingerichtet werden.

- 125 • Führungskräfte und Personalverantwortliche müssen verpflichtend
126 antirassistische Weiterbildungen besuchen
- 127 • Auch die Arbeitnehmer*innen müssen verpflichtend an einer antirassistischen
128 Weiterbildung teilnehmen.
- 129 • Um Rassismus bei der Jobvergabe vorzubeugen, müssen die
130 Bewerbungsverfahren anonymisiert werden.
- 131 • Hartes und effektives Durchgreifen bei diskriminierenden und rassistischem
132 Verhalten, sowohl auf der Führungsebene als auch auf der
133 Angestelltenebene.

134

135 **Rechtsextremismus in staatlichen Strukturen konsequent bekämpfen!**

136 Das Diskriminierung und Rechtsextremismus in staatlichen Stellen, insbesondere der
137 Polizei, ein grundlegendes und ernstzunehmendes Problem ist, sollte mittlerweile
138 klar sein. Sogenannte "Einzelfälle" häufen sich und offenbaren die bittere Realität: wir
139 haben in Deutschland ein strukturelles Problem mit Rechtsextremismus in staatlichen
140 Behörden. Dieses Problem muss umfassend untersucht und dann strategisch
141 bekämpft werden. Dass Menschen systematisch diskriminiert werden und staatliche
142 Stellen ihre Machtposition missbrauchen, ist nicht akzeptabel. Neben Studien
143 braucht es also auch harte Maßnahmen und strikte Regulierungen. Innerpolizeiliche
144 Fehler müssen öffentlich aufgearbeitet und nicht vertuscht werden, um in einer
145 ernsthafte Fehleranalyse die daraus resultierenden Konsequenzen zu ermöglichen.
146 Diese Konsequenzen müssen auch eine Veränderung bereits in der Ausbildung
147 beinhalten. Antirassistische und antifaschistische Schulungen sollten verpflichtend
148 für alle angehenden Polizist*innen sein und für die Themen früh sensibilisieren.
149 Innerpolizeiliche Strukturen müssen aufgebrochen werden und verpflichtende
150 zuverlässige Anlaufstellen geschaffen werden, bei denen diskriminierendes
151 Verhalten sicher gemeldet werden kann. Häufig ist der Druck innerhalb solcher
152 Strukturen hoch. Das entschuldigt jedoch nicht, weg zu sehen und diskriminierendes
153 Verhalten nicht zu melden oder einzuschreiten. Doch um diese Wege zu erleichtern,
154 müssen Möglichkeiten geschaffen werden, sich auch anonymisiert an diese
155 Anlaufstellen wenden zu können. Bei diesen Untersuchungen ist es wichtig, dass der
156 Fokus nicht nur auf diskriminierendem Handeln, sondern auch auf rechtsradikalen
157 Aussagen und dem Verbreiten rechtsradikalen Gedankenguts liegt. Menschen, die in

158 ihrem Denken außerhalb des demokratischen Spektrums liegen, haben in unseren
159 staatlichen Strukturen keinen Platz.

160

161 Forderungen:

- 162 • Ausführliche und detaillierte Studien zu Rechtsextremismus in der Polizei und
163 in weiteren staatlichen Strukturen
- 164 • hartes und effektives Durchgreifen bei Diskriminierung und
165 Rechtsextremismus
- 166 • Öffentliche Aufarbeitung von Fehlern der Polizei
- 167 • Verpflichtende Antirassistische und Antifaschistische Weiterbildung innerhalb
168 aller staatlichen Strukturen
- 169 • Schaffung von anonymen Beschwerdestellen
- 170 • Förderung von Diversität in der Polizei

171

172 **Hass ist keine Alternative - Rechtsruck in Deutschland**

173 Seit einigen Jahren ist in Deutschland, wie in vielen anderen Ländern Europas, ein
174 starker Rechtsruck zu erkennen. Hass und Rassismus verbreiten sich und bis vor
175 einigen Jahren noch undenkbare Parolen werden plötzlich lauter denn je. Für uns ist
176 klar: Parteien, die ihre Programmatik auf dem Hass auf andere aufbauen und Hetze
177 und Diskriminierung verbreiten und stärken, dürfen bei uns keinen Platz haben!

178 Trotzdem müssen wir uns der Realität stellen: die AfD hatte in den letzten Jahren
179 einen massiven Stimmenzuwachs erfahren und gewann stark an Zuspruch und
180 erreichten bei einigen Landtagswahlen sogar um die 25 Prozent. Diese Entwicklung
181 sollte uns nicht nur beunruhigen, sondern auch verdeutlichen, dass ein reines Abtun
182 als "rechte Spinner*innen" nicht reicht, um das Problem zu lösen.

183 Viele AfD Wähler*innen argumentieren ihre Wahl damit, von den anderen Parteien
184 enttäuscht zu sein oder auch, dass sie das "restliche" politische Programm überzeugt
185 habe. Daher wird es umso relevanter, nicht nur auf die hetzerischen Forderungen der
186 AfD, sondern auch auf weitere einzugehen, diese zu entkräften und gleichzeitig
187 darauf zu verweisen, dass diskriminierende und rechte Forderungen der
188 Hauptbestandteil des inhaltlichen Bestrebens der AfD sind. Auch um Protestwahlen
189 zu verhindern bedarf es die Nähe zu Bürger*innen und verständliche und simpel
190 vermittelte Informationen.

191 Trotzdem ist es wichtig festzuhalten, dass ein Großteil der Wähler*innen rechter
192 Parteien dieses Gedankengut auch teilt und unterstützt. Daher halten wir es für
193 wichtig, uns aktiv von solchen Parteien zu distanzieren und in keinster Weise mit
194 ihnen zu kooperieren.

195

196 Forderungen:

- 197 • Kooperationsverbot aller Gremien mit Parteien außerhalb des demokratischen
198 Spektrums
- 199 • Vermehrte Aufklärungsarbeit in Bezug auf Hetze der AfD
- 200 • klare Haltung gegen rechte Hetze und Faschismus

201

202 **Antisemitismus und Rechtsradikalismus haben bei uns keinen Platz!**

203 Neben dem allgemein bemerkbaren Rechtsruck in Deutschland, gab es während der
204 Pandemie noch weitere beunruhigende Entwicklungen. Bei den
205 “Querdenker*innendemos” waren die Menschen, die einfach ihr Missfallen an dem
206 Umgang der Politik mit der Pandemie ausdrücken wollten, in der klaren Minderheit.
207 Stattdessen wurden diese Demos eine Ansammlung an Rechtsextremist*innen und
208 Verschwörungstheoretiker*innen. Verschwörungsmymen verbreiteten sich über
209 Chats oder die sozialen Netzwerke und wurden durch solche Demos in die breite
210 Öffentlichkeit getragen. Die Mythen waren nicht nur vollkommen frei von Fakten,
211 sondern verbreiteten auch antisemitische Stereotype. Gleichzeitig fand auch eine
212 starke Shoah-Verharmlosung statt, da Ungeimpfte sich mit Judensternen zeigten, um
213 zu suggerieren, dass sie in einer ähnlichen Situation wären. Jegliche Form der
214 Verharmlosung der Shoah oder der Verbreitung antisemitischer Stereotype oder
215 Hass von Jüdinnen* und Juden ist für uns nicht akzeptabel und wir als Verband
216 stellen uns aktiv dagegen. Über diese Themen muss konsequent aufgeklärt werden,
217 um ein Bewusstsein für die Tragweite von antisemitischen Stereotypen zu schaffen.
218 Gleichzeitig ist festzustellen, dass rechtsextremistische Forderungen und Statements
219 immer mehr normalisiert und akzeptiert werden. Offen rechtsradikale Sprüche
220 wurden auf den Demos schlichtweg akzeptiert und toleriert, und auch Menschen, die
221 nicht unbedingt rechtsradikale Äußerungen vertreten, akzeptierten dennoch mit
222 diesen auf den gleichen Demonstrationen unterwegs zu sein. Die Distanz zu solchen
223 Gruppierungen wird abgebaut und damit ein Weg für die Forderungen in die Mitte der

224 Gesellschaft geschaffen. Dadurch entsteht die Gefahr, dass rechtsradikale Thesen
225 nicht mehr als so “extrem” wahrgenommen werden und sie im Laufe der Zeit einfach
226 als Teil des Meinungsbildes abgetan werden. Für uns ist klar: von rechtsradikalen
227 Gruppierungen gilt es, sich konsequent zu distanzieren. Rechtsradikale und
228 diskriminierende Aussagen haben in unserem demokratischen Diskurs nichts zu
229 suchen!

230

231 Forderungen:

- 232 • vermehrt Aufklärungsarbeit über Antisemitismus und Shoah-Verharmlosung
- 233 • keine gemeinsamen Demos/Events mit Gruppierungen, die bereits durch
234 antisemitische Aussagen aufgefallen sind

235

236 **Konsequenzen aus Hanau**

237 Der Anschlag von Hanau am 19. Februar 2020 ist nun schon über zwei Jahre her.
238 Wir empfinden starke Trauer und sprechen den betroffenen Familien und
239 Communities unser Mitgefühl aus. Wir trauern um Ferhat Unvar, Gökhan Gültekin,
240 Hamza Kurtović, Said Nesar Hashemi, Mercedes Kierpacz, Sedat Gürbüz, Kaloyan
241 Velkov, Vili Viorel Păun und Fatih Saraçoğlu.
242 Wir müssen endlich Konsequenzen aus den rechtsextremistisch motivierten
243 Anschlägen ziehen, die in Deutschland geschehen sind und weiterhin geschehen.
244 Wir müssen uns solidarisch zeigen mit den Opfern von Hanau, mit den Opfern aller
245 rechtsextremen Taten. Wir müssen uns stark machen gegen jede Form von
246 Rassismus, Rechtsextremismus, Antisemitismus und Antiziganismus, die sich gegen
247 die Menschen und gegen den antifaschistischen Kampf richten. Den Betroffenen
248 muss Hilfe zuteil werden, in finanzieller Form, aber auch in Form von
249 psychologischer Beratung.

250 Auch die Berichterstattung ist in dieser Hinsicht problematisch. Oftmals wird eine
251 rassistisch motivierte Tat nicht umfangreich oder gar nicht als solche dargestellt.
252 Stattdessen wird ein psychisches Problem der Täter*innen als Erklärung genutzt.
253 Dies verkennt eindeutig den Ernst der Lage. Das Attentat in Hanau, der Mord an
254 Walter Lübcke oder der Anschlag in Halle sind eindeutig rechts motiviert gewesen.
255 Das muss man klar so benennen. Menschen töten andere Menschen, weil diese sich
256 antifaschistisch engagieren und/ oder weil sie von den Täter*innen als “anders”

257 wahrgenommen werden. Darüber müssen wir in aller Deutlichkeit sprechen. Nur so
258 erkennen wir, wie dramatisch die Situation ist. Nur so können wir wirklich konsequent
259 gegen Rechtsextremismus vorgehen. Gegen die Mediendarstellungen, die die Taten
260 nicht als das benennen, was sie sind, muss laut vorgegangen werden. Wir müssen
261 auf diesen Umstand aufmerksam machen und wir müssen entschlossen darauf
262 Hinweisen, welche Konsequenzen eine solche Darstellungsweise nach sich zieht:
263 Die diskriminierenden, rassistischen und gefährlichen Erfahrungen, die Menschen
264 tagtäglich machen, werden verkannt und verharmlost. Das Problem, dass
265 Rechtsextremismus strukturell verankert ist und immer öfter als "Meinung der Mitte"
266 propagiert wird, wird verharmlost. Immer mehr Menschen trauen sich,
267 menschenfeindliche, verfassungsfeindliche und demokratiefeindliche Dinge zu sagen
268 und zu tun. Das dürfen wir keinesfalls tatenlos hinnehmen.
269

270 Unsere Forderungen sind klar:

- 271 • Wir müssen uns mit den Betroffenen und Hinterbliebenen lautstark und
272 öffentlich solidarisieren
- 273 • Die Betroffenen und Hinterbliebenen müssen soziale, psychologische und
274 finanzielle Hilfen erhalten
- 275 • Der Anschlag von Hanau muss lückenlos und transparent durch eine
276 unabhängige Untersuchungskommission aufgeklärt werden.
- 277 • Gegen verharmlosende, tatsachenverkennende Medienberichte müssen wir
278 aktiv vorgehen, über ihre Konsequenzen aufklären und die Taten auch
279 öffentlich als das benennen was sie sind: rassistisch und rechtsextrem.
- 280 • Wir dürfen die Opfer dieses Anschlags niemals in Vergessenheit geraten
281 lassen. Wir sind es ihnen schuldig, an sie zu erinnern und gegen jede Form
282 des Rechtsextremismus, Antisemitismus, Antiziganismus und Rassismus
283 vorzugehen.
- 284 • Ferhat Unvar
- 285 • Gökhan Gültekin
- 286 • Hamza Kurtović
- 287 • Said Nesar Hashemi
- 288 • Mercedes Kierpacz
- 289 • Sedat Gürbüz

- 290 • Kaloyan Velkov
- 291 • Vili Viorel Păun
- 292 • Fatih Saraçoğlu
- 293
- 294 Weiterleitung:
- 295 SPD Bezirksparteitag
- 296

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A07: #EndEndoSilence**

2

3 **Nationale Endometriose-Strategie**

4 Endometriose ist eine chronische Krankheit, bei der Gewebe, das dem der
5 Gebärmutter Schleimhaut ähnelt, außerhalb der Gebärmutter wächst. Das führt bei
6 Betroffenen zu starken Schmerzen und einer beeinträchtigten Lebensqualität. Etwa
7 10 % der Menschen, die einen Uterus haben oder hatten, sind betroffen. Allein in
8 Deutschland leiden somit rund zwei Millionen Menschen an Endometriose.

9 Mangelnde Aufklärung, unterfinanzierte Forschung und unzureichendes Wissen bei
10 Mediziner*innen führt aber dazu, dass in Deutschland durchschnittlich zehn Jahre
11 vergehen, bis die Krankheit bei betroffenen Personen diagnostiziert und somit
12 behandelt wird. Für Betroffene bedeutet das zehn Jahre Leid und beeinträchtigte
13 Lebensqualität.

14 In der medizinischen Forschung gibt es ein Ungleichgewicht: Der Fokus liegt meist
15 auf der Gesundheit von cis¹ Männern, während cis Frauen oder trans² und inter³
16 Personen vernachlässigt werden. So ist auch die Forschung im Bereich
17 Endometriose stark unterfinanziert. In der Folge gibt es bisher keine Daten zu den
18 Ursachen und nur begrenzte Daten zu Behandlungsmöglichkeiten.

19 Operationen und hormonelle Therapie gehen oft mit starken Nebenwirkungen
20 einher. Trotz ihres chronischen Verlaufs ist Endometriose noch immer nicht offiziell
21 als lebeenseinschränkende Krankheit anerkannt. Es ist äußerst schwierig,
22 Endometriose als Behinderung anerkennen zu lassen oder erforderliche Leistungen,
23 wie eine Rehabilitation finanziert zu bekommen. Betroffene werden wegen häufiger
24 Krankheitstage bei Beförderungen übergangen oder verlieren sogar ihren
25 Arbeitsplatz.

26 In der deutschen Politik ist Endometriose noch kein Thema. In Frankreich wurde
27 kürzlich eine „Nationale Strategie Endometriose“ angekündigt, in Australien wird eine
28 solche Strategie bereits umgesetzt. Das muss in Deutschland auch geschehen.
29 Daher fordern wir:

30 **Eine “Nationale Strategie Endometriose” zur Verbesserung der Lage von**
31 **Endometriosebetroffenen. Diese Strategie muss enthalten:**

32 **1) eine bundesweite Aufklärungskampagne**

33 **2) bundesweite Fördergelder für die Forschung**

34 **3) einen nationalen Aktionsplan “geschlechtergerechte Medizin”**

35 Als Vorlage dieser Strategie soll der Forderungskatalog der Endometriose-
36 Vereinigung Deutschland e.V. dienen. Sie muss im Dialog mit dem
37 Betroffenenverband, der Endometriose-Vereinigung Deutschland, der Wissenschaft
38 und dem medizinischem Fachpersonal entwickelt werden.

39

40 An dieser Stelle vielen Dank an Theresia Crone als Gründerin von #EndEndoSilence,
41 an deren Petition wir uns für diesen Antrag orientiert haben.

42 Instagram: @endendosilence

43 Petition: www.change.org/endendosilence

44 Glossar:

45 ¹Cis: Person, die sich mit dem Geschlecht identifiziert, dem sie bei der Geburt
46 aufgrund der Genitalien zugewiesen wurde

47 ²Trans: Überbegriff für transsexuelle und transgender Menschen, also für alle
48 Menschen, die nicht das Geschlecht sind, dem sie bei der Geburt zugewiesen
49 wurden (queer-lexikon.net)

50 ³Inter: Menschen, deren körperliches Geschlecht (beispielsweise die Genitalien oder
51 die Chromosomen) nicht der medizinischen Norm von ‘eindeutig’ männlichen oder
52 weiblichen Körpern zugeordnet werden kann, sondern sich in einem Spektrum
53 dazwischen bewegt (queer-lexikon.net)

54

55 Weiterleitungen:

- 56 • Bezirksdelegiertenkonferenz Juso Nord-Niedersachsen
- 57 • Juso-Bundeskongress
- 58 • SPD-Bundesparteitag

59

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....**1 A08: Gesangseinlagen auf Juso-Bezirksdelegiertenkonferenzen unterlassen**

2

3 Die Jusos im Unterbezirk Cuxhaven fordern, das traditionelle gemeinsame Singen
4 am Ende von Juso-Bezirksdelegiertenkonferenzen (BDK) zu unterlassen.

5 In der SPD und auch auf Juso-BDKs hat es Tradition, am Ende von Parteitagen bzw.
6 Konferenzen gemeinsam Arbeiter*innenlieder zu singen. Tradition ist aber auch der
7 einzige Grund, weshalb das Singen sinnvoll erscheint. Doch auch dieser Schein
8 trägt: Ein konservatives Argument wie Tradition verliert in einem progressiven
9 Verband wie den Jusos seine Wirkung.

10 Auf der Gegenseite steht: Singen ist einfach cringe. In dem Moment, in dem am
11 Ende einer BDK Arbeiter*innenlieder angestimmt werden, reicht ein Blick in die
12 Gesichter von Neumitgliedern. Ihre Gesichtszüge entgleisen und ihre Gedanken
13 reichen von „Was geht denn jetzt ab?!“ bis zu „Wo ist das Austrittsformular?“.

14 Wir Jusos müssen aus unserer Bubble herauskommen und uns neuen Zielgruppen
15 öffnen. Dafür sollten wir als der moderne und progressive Verband auftreten, der wir
16 sind. Verstaubte Traditionen haben da keinen Platz – außer um 00:00 Uhr auf Juso-
17 Partys. Da ist das ziemlich witzig.

18 In diesem Sinne: Prost!

19

20

21 Weiterleitung an:

- 22 • Bezirksdelegiertenkonferenz der Jusos Nord-Niedersachsen

23

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A09: Änderung des Transsexuellengesetzes – diskriminierungsfreie Gutachten**
2 **möglich machen!**

3 **Begründung:**

4 Im Jahr 2021 ist die Abschaffung des TSG (Transsexuellengesetz) leider gescheitert.
5 Dies hat zur Folge, dass transgeschlechtliche Menschen nach wie vor
6 Gerichtsverfahren durchlaufen zu müssen, um ihren Vornamen- und Personenstand
7 ändern zu können. Dieser Prozess ist langwierig, teuer und darüber hinaus
8 entwürdigend.

9 Zunächst gilt es bislang als Voraussetzung, dass die betreffenden Personen
10 mindestens drei Jahre „unter dem Zwang steh[en], ihren Vorstellungen entsprechend
11 zu leben“. (TSG, §1, Absatz 1). Anschließend müssen sie sich zwei Gutachten
12 unterziehen, die von zwei voneinander unabhängigen Gutachter*innen erstellt
13 werden müssen. Zunächst ist festzuhalten, dass im Grunde genommen jede*r
14 zugelassene Psychiater*in oder Psychotherapeut*in ein solches Gutachten erstellen
15 kann. Das TSG verfügt lediglich über eine nichtssagende Stelle, welche besagt, dass
16 die Gutachter*innen „mit den besonderen Problemen des Transsexualismus
17 ausreichend vertraut“ (TSG, §4, Absatz 3) sein sollen. Was dies konkret bedeuten
18 soll, bleibt offen. Daher ist es wichtig, dass hier klare Forderungen gestellt und
19 umgesetzt werden. Die Gutachter*innen müssen sich also auf Sexualtherapie,
20 Geschlechtsdysphorie, Geschlechtsinkongruenz, Transidentität und/oder
21 Intersexualität spezialisiert haben.

22 Dies reicht allerdings nicht aus, um voraussetzen zu können, dass diese
23 Gutachter*innen sich während des Prozesses des Gutachtens angemessen
24 verhalten. Daher ist es ebenfalls notwendig, dass die in Frage kommenden
25 Psychiater*innen und Psychotherapeut*innen sich einem professionellen Awareness-
26 Training unterziehen, in welchem umfangreich auf die Diskriminierung und

27 Gewalterfahrungen transgeschlechtlicher Personen aufmerksam gemacht wird. Teil
28 des Trainings sollte ein Gutachten der potentiellen Gutachter*innen sein. In diesem
29 Gutachten soll bewertet werden, inwieweit die Personen das nötige Bewusstsein für
30 diese Umstände entwickelt haben, beziehungsweise bereits darüber verfügen. Sollte
31 festgestellt werden, dass das nötige Bewusstsein nicht vorhanden ist, können die
32 Bewerber*innen die Stelle als Gutachter*in nicht antreten. Nach erfolgreichem
33 Abschluss eines solchen Trainings muss also ein offizielles Zertifikat ausgestellt
34 werden, welches die erfolgreiche Teilnahme bescheinigt. Dieses Training muss alle 2
35 Jahre wiederholt werden. Diese Awareness Trainings müssen von Personen
36 durchgeführt werden, die durch ihre Tätigkeit qualifiziert dafür sind. Beispielsweise
37 also Vertreter*innen von trans* und LGBTQIA+ Verbänden, wie der Bundesverband
38 Trans, welcher bereits allgemeine Fortbildungen auf freiwilliger Basis anbietet. Als
39 weitere Absicherung ist die Vorlage des erweiterten Führungszeugnisses anzusehen.
40 Bevor ein*e potentielle*r Gutachter*in dieser Tätigkeit tatsächlich nachgehen kann,
41 muss also auch das erweiterte Führungszeugnis vorgelegt werden. Sollten sich darin
42 Einträge befinden, insbesondere bezüglich diskriminierenden Verhaltens, darf die
43 Person nicht als Gutachter*in tätig werden.

44 Auch die Richtlinien, welche beispielsweise die Dauer des Gutachtens betreffen,
45 müssen einheitlich definiert werden. Eine maximal festgelegte Anzahl an Stunden,
46 bzw. Sitzungen ist notwendig. Derzeit veranschlagen einige Gutachter*innen bereits
47 eine festgelegte Sitzungsdauer und -häufigkeit, jedoch nicht alle. Daher ist eine
48 Vereinheitlichung sinnvoll und muss zwingend erfolgen.

49 All diese Maßnahmen dienen dem Schutz der transgeschlechtlichen Personen, die
50 endlich auch offiziell ihren Namen tragen können wollen. Dieser Schutz ist von
51 großer Wichtigkeit. Sowohl in der Vergangenheit, als auch in der Gegenwart, sind
52 transgeschlechtliche Personen vielen Demütigungen ausgesetzt, die sich während
53 der Gutachten ereignen. So kann es beispielsweise legal dazu kommen, dass die
54 Gutachter*innen sie dazu auffordern können, sich auszuziehen, um anschließend
55 den entblößten Körper zu begutachten und zu untersuchen. Solche Praktiken sind
56 widerwärtig, entwürdigend und tragen nicht zum Prozess der Vornamens- und
57 Personenstandsänderung bei! Daher muss diese Praktik umgehend verboten
58 werden! Generell dürfen keine körperlichen Untersuchungen erfolgen, da dies nichts

59 mit der Transgeschlechtlichkeit einer Person zu tun hat. Alle Informationen, die im
60 Gutachten festgehalten werden sollen, können im Gespräch preisgegeben werden.

61 Auch die Verwendung des Deadnames oder der falschen Pronomen ist
62 diskriminierend und eine Demütigung. Daher muss die gewünschte Anrede vorab
63 geklärt und während der Begutachtung konsequent verwendet werden. Auch im
64 Gutachten müssen die korrekten Pronomen und der korrekte Name festgehalten
65 werden.

66 Fragen zum Sexualverhalten und zur Sexualität sind absolut überflüssig, da sie keine
67 Aussagekraft über das Geschlecht von Personen innehaben. Selbiges gilt für
68 Fragen, die sich auf sexuelle Vorlieben beziehen. Häufig wird
69 Transgeschlechtlichkeit noch mit Fetischen und Transvestitismus in Verbindung
70 gebracht. Dies ist schlichtweg diskriminierend. Bei der Erstellung eines solchen
71 Gutachtens haben solche Fragen daher nichts verloren, sie sollten nicht gestellt
72 werden und nicht Teil des schriftlichen Gutachtens sein, welches später von einem*r
73 Richter*in geprüft wird. Daher fordern wir, dass auch solche Fragen künftig
74 unterlassen werden müssen. Selbiges gilt für sämtliche Bemerkungen, die das
75 Auftreten und Aussehen der Person betreffen. Die Kleidungswahl, Frisur, der
76 Bartwuchs, eventuelles Make Up und Accessoires haben keinerlei Aussagekraft über
77 das Geschlecht einer Person inne und sind daher für ein Gutachten irrelevant. Sie
78 dürfen keine Beachtung finden!

79 Nicht alle transgeschlechtlichen Personen wollen mögliche medizinische
80 Maßnahmen in Anspruch nehmen. Dies ist zu respektieren und muss nicht
81 hinterfragt werden. Denn auch der Wunsch nach einer medizinischen Transition ist
82 keine Notwendigkeit, um die Vornamens- und Personenstandsänderung
83 durchzuführen. Die persönlichen Beweggründe, weshalb eine Person sich operieren
84 oder nicht operieren lassen möchte, sind Privatsache und dürfen keine
85 Auswirkungen auf das Gutachten haben. Die Antragstellenden sollten sich für ihre
86 persönlichen Entscheidungen nicht rechtfertigen müssen.

87 Es ist klar, dass es sich hierbei keinesfalls um eine endgültige Lösung dieses
88 Problems und entwürdigenden Zustands handeln kann. Unser langfristiges Ziel muss
89 bleiben, dass das TSG ersatzlos abgeschafft wird! Transgeschlechtliche Menschen

90 müssen endlich frei leben dürfen, ihr Geschlecht frei selbst bestimmen dürfen, ohne
91 einen teuren und langwierigen Prozess durchlaufen zu müssen, um ihren Namen
92 offiziell ändern lassen zu dürfen – um nur ein Beispiel zu nennen. Es geht hier um
93 Menschenleben, Existenzen und Identitäten. Doch bis das TSG endgültig
94 abgeschafft wird – und wir hoffen, dass dieser Tag bald kommt – muss eine
95 Übergangslösung gefunden werden. Der bislang stattfindende Prozess muss
96 zumindest etwas erträglicher gemacht werden. Es darf nicht vom Glück abhängen,
97 dass man an keine*n transphobe*n Gutachter*in gerät.

98 Daher sind unsere Forderungen:

99 **Forderungen:**

100 - Gutachter*innen müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllen, bevor sie ein
101 Gutachten für transgeschlechtliche Personen erstellen dürfen:

- 102 • Vorlage eines erweiterten Führungszeugnisses (sobald dort Einträge
103 vorhanden sind, insbesondere bspw. wegen diskriminierenden Verhaltens und
104 dem generellen Umgang mit Mitmenschen, dürfen sie nicht als
105 Gutachter*innen fungieren.)
- 106 • Gutachter*innen müssen ein Awareness-Training durchführen. Ohne Vorlage
107 eines erfolgreichen Teilnahmenachweises dürfen die Personen nicht als
108 Gutachter*innen fungieren. Diese Awareness-Trainings müssen regelmäßig,
109 alle 2 Jahre, durchgeführt werden.
- 110 • In diesen Awareness-Trainings sollen die Teilnehmer*innen für Gewalt und
111 Diskriminierung gegen transgeschlechtliche Personen sensibilisiert werden.
112 Des Weiteren sollen während des Trainings Gutachten über die
113 Bewerber*innen erstellt werden, in denen festgehalten werden soll, ob sie das
114 nötige Bewusstsein für eine Stelle als Gutachter*in innehaben. Falls dies nicht
115 festgestellt werden, gilt das Training als nicht-erfolgreich absolviert. Das
116 nötige Zertifikat kann dann nicht ausgestellt werden.
- 117 • Die Awareness-Trainings müssen von Professionellen abgehalten werden (In
118 Frage kommen beispielsweise Gleichstellungsbeauftragte; Vertreter*innen von

119 trans* oder LGBTQIA+ Verbänden, wie beispielsweise der Bundesverband
120 Trans oder Vertreter*innen von Menschenrechtsorganisationen).

121 - Einführung eines bedarfsgerechten Flächenfaktors. Dabei sollen vermehrt
122 zugelassene Psychiater*innen und Psychotherapeut*innen als Gutachter*innen
123 eingesetzt werden, welche sich in ihrer Tätigkeit als Psychiater*in/
124 Psychotherapeut*in schwerpunktmäßig mit Sexualtherapie, Geschlechtsdysphorie,
125 Geschlechtsinkongruenz, Transidentität, (Intersexualität) beschäftigen.

126 - Die Rahmenbedingungen der Gutachten müssen klarer und verbindlicher
127 festgelegt werden. Zum Beispiel sollte eine maximal festgelegte Anzahl an Stunden,
128 bzw. Sitzungen eingeführt werden. Als eine Art Behandlungsstandard könnte man
129 bereits vorhandene Richtlinien zur medizinischen oder therapeutischen Versorgung
130 von trans* Menschen nehmen. Als Beispiel dienen hier die „Guidelines for
131 Psychological Practice with Transgender and Gender Nonconforming People“ der
132 American Psychological Association, die in der S3-Leitlinie zur Diagnostik, Beratung
133 und Behandlung von trans* Personen explizit als Empfehlungen genannt werden.

134 - Vor Beginn des Gespräches muss eine Aufklärung darüber erfolgen, dass alle
135 Aussagen auf freiwilliger Basis erfolgen und kein Zwang zur Beantwortung von
136 (intimen) Fragen besteht. Das Nicht-Beantworten bestimmter Fragen darf keinen
137 negativen Effekt auf das Ergebnis des Gutachtens haben.

138 - Bestimmte Praktiken, die derzeit Teil des Gutachtens sein können, dürfen nicht
139 mehr durchgeführt werden!

140 • Es dürfen keinerlei körperliche Untersuchungen vollzogen oder
141 Aufforderungen zu Handlungen (bspw. die Aufforderung, in einer geraden
142 Linie zu laufen, um die Gangart beobachten zu können) gegeben werden. Alle
143 Informationen, die für die Erstellung der Gutachten wichtig sind, können im
144 Gespräch exploriert werden.

145 • Die Gutachter*innen dürfen die zu begutachtende Person nicht dazu
146 auffordern, sich auszuziehen, um anschließend ihren Körper betrachten und
147 untersuchen zu können.

- 148 • Fragen bezüglich des Sexualverhaltens und der Sexualpräferenzen der zu
149 begutachtenden Person haben keinen Mehrwert für ein solches Gutachten
150 und dürfen nicht gestellt werden.
- 151 • Fragen zur Sexualität der zu begutachtenden Person müssen ebenso
152 unterlassen werden, da sie nichts mit dem Geschlecht der Person zu tun
153 haben. Solche Fragen sind somit überflüssig für das Gutachten.
- 154 • Im Gutachten dürfen keine Aussagen festgehalten werden, die sich auf das
155 äußere Auftreten als Mann/Frau oder nicht-binäre Person beziehen. Das
156 Aussehen und der Kleidungsstil ist unabhängig vom Geschlecht und darf
157 daher auch in der Begutachtung keine Rolle spielen oder kommentiert
158 werden. Auch das Tragen oder Fehlen eines Bartes, von Nagellack, Make Up,
159 Schmuck etc. darf nicht im Gutachten vermerkt werden und somit Einfluss auf
160 die gerichtliche Entscheidung nehmen, da all dies unabhängig vom
161 Geschlecht erfolgen oder nicht erfolgen kann.

162 - Die gewünschte Anrede ist mit der antragstellenden Person abzuklären und zu
163 allen Zeitpunkten, auch im schriftlichen Gutachten selbst, stets zu beachten. Eine
164 Nennung des Deadnames im Gespräch sowie im Gutachten ist unnötig und
165 diskriminierend und daher zu unterlassen.

166 - Es darf keine Wertung über den Wunsch oder das Fehlen eines Wunsches nach
167 medizinischer Transition und Maßnahmen erfolgen. Das Verlangen nach körperlicher
168 Veränderung und Transition ist keine Voraussetzung für Transgeschlechtlichkeit. Es
169 darf nicht länger sein, dass sich transgeschlechtliche Personen rechtfertigen und
170 erklären müssen, weshalb sie bestimmte Dinge (besonders die möglichen
171 Operationen betreffend) nicht wollen.

172 - Langfristiges Ziel muss sein, dass das Transsexuellengesetz abgeschafft wird und
173 solche Gutachten entsprechend nicht mehr stattfinden!

174 **Weiterleitungen:**

- 175 • LaKo
176 • BuKo
177 • Bundesparteitag

178 • Landesparteitag

179

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A10: Mehr Unabhängigkeit und Gleichberechtigung - Verbesserung der**
2 **finanziellen Lage für Menschen mit Behinderung in Werkstätten**

3

4 Forderung:

5 Wir fordern, dass die finanzielle Lage der Angestellten in Werkstätten für Menschen
6 mit Behinderung durch eine Einführung des Mindestlohnes verbessert wird. Im
7 Gegenzug zur Ausweitung des Mindestlohns soll das bisherige Entlohnungssystem
8 mit einem Grundbetrag, einem Steigerungsbetrag, einem Arbeitsförderungsentgelt
9 und Zahlungen aus der Grundsicherung entfallen. Insoweit die Erträge einer
10 Werkstatt für Menschen mit Behinderungen nicht ausreichen, um ihren
11 werkstattberechtigten Beschäftigten den Mindestlohn zu zahlen, ist an die Werkstätte
12 durch die zuständigen Sozialversicherungsträger ein Minderleistungsausgleich zu
13 zahlen. Bereits erworbene Anwartschaften und Ansprüche der Betroffenen sind
14 dabei nicht auf Zuschusszahlungen und Lohn anzurechnen. Begründung:
15 Viele junge Menschen mit Behinderung fangen nach der Schule an, in Werkstätten
16 für Menschen mit Behinderung zu arbeiten, da ihre Chancen auf dem allgemeinen
17 Arbeitsmarkt sehr gering sind.

18 Menschen, die in Werkstätten für Behinderte arbeiten, bekommen dort viel zu wenig
19 Anerkennung und Respekt für die geleistete Arbeit. Ihre Arbeit ist wichtig für sie, um
20 ein Teil der Gesellschaft zu sein und ihren Beitrag zu leisten, wie jeder andere auch.
21 Sie arbeiten viel, teils auch mit hochkomplexen Aufgaben und trotzdem bekommen
22 viele häufig höchstens den Grundbetrag von 89€ im Monat oder teilweise sogar noch
23 weniger.

24 Gerechtfertigt wird das häufig damit, dass es sich bei Angestellten in Werkstätten nur
25 um ein „arbeitnehmerähnliches Verhältnis“ handelt und dass es neben der Arbeit
26 auch ein soziales Angebot gibt. Und doch beträgt der jährlichen Umsatz der

27 Werkstätten für Menschen mit Behinderung in Deutschland rund acht Milliarden
28 Euro.

29 Durch die Corona- Pandemie hat sich die Lage vielerorts noch weiter verschlechtert.
30 Sowieso schon niedrige Löhne wurden weiter gekürzt. Es ist also einfach nicht
31 möglich ohne weitere Sozialleistungen zu leben. Das wiederum bedeutet auch, dass
32 es fast unmöglich ist ein selbstbestimmtes Leben zu führen, wenn man größtenteils
33 vom Staat abhängig ist.

34 Dies muss sich endlich ändern, um ein Zeichen zu setzen, dass auch diese Form
35 von Beschäftigung ein wichtiger Teil der Gesellschaft ist und vielen Menschen, eine
36 Arbeit gibt, die auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt keine Stelle finden würden. Es
37 braucht eine gesellschaftliche Anerkennung, womit ein Beginn davon eine gerechtere
38 Entlohnung wäre.

39 Weiterleitungen:

- 40 • Juso-Landeskonferenz
- 41 • Juso-Bundeskonferenz
- 42 • SPD-Landesparteitag
- 43 • SPD-Bundesparteitag

44

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A11: Weibliche Dummies müssen selbstverständlich sein**

2

3 Forderung:

4 Wir Jusos fordern, dass das Durchführen von Crashtest in der Autoindustrie mit
5 weiblichen und männlichen Dummies verpflichtend wird.

6 Begründung:

7 Der sog. 50-Perzentil-Dummy wird seit Jahrzehnten für die menschliche Sicherheit in
8 Autos als Maßstab genommen. Dieser orientiert sich an einem gut gebauten
9 Durchschnitts Mann aus den 60er Jahren, ist 1,75 Meter groß und wiegt 78
10 Kilogramm. Nach diesem, mittlerweile ebenfalls nicht mehr ganz zutreffenden
11 Maßstab, werden die Crashtestdummies entwickelt.

12 Laut des statistischen Bundesamtes verletzten sich oder starben im Jahr 2019
13 107.445 Frauen als Insassen bei Autounfällen. Im Vergleich waren es bei den
14 Männern 99.964, obwohl Männer mehr als das Doppelte an Kilometern mit dem Auto
15 zurücklegen.

16 Frauen haben einen fragileren Körperaufbau als Männer. Beispielsweise ist die
17 Halswirbelsäule bei Frauen aufgrund des anders aufgebauten Muskelapparates viel
18 empfindlicher als bei Männern.

19 Die Verletzungsgefahr bei Auffahrunfällen ist bei Frauen doppelt so hoch, wie bei
20 Männern.

21 Und trotzdem ist es für Autohersteller freiwillig, dem entgegenzuwirken.

22 Das müssen WIR ändern!

23

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A12: Verpflichtende Behandlung von kolonialer Ausbeutung und**
2 **Unterdrückung des afrikanischen Kontinents im niedersächsischen**
3 **Geschichtsunterricht**
4

5 Forderung:

6 Die koloniale Unterdrückung und Ausbeutung des afrikanischen Kontinents durch die
7 Kolonialmächte und insbesondere durch das Deutsche Reich soll ein verpflichtender
8 Inhalt im niedersächsischen Kerncurriculum sein.

9 Begründung:

10 Im Lehrplan an niedersächsischen Schulen werden im Geschichtsunterricht
11 verschiedenste Inhalte aufgegriffen, nicht nur um geschichtliches Wissen, sondern
12 auch eine Brücke zur Gegenwart zu vermitteln. Während jedoch Themen wie die
13 Völkerwanderung oder das Mittelalter eingehend behandelt werden, fällt ein wichtiger
14 geschichtlicher Teil häufig weg: Auch Deutschland hat eine koloniale Vergangenheit
15 und trägt Schuld für die Verbrechen und Gräueltaten der Fremdherrschaft über den
16 afrikanischen Kontinent im letzten Jahrtausend.

17 Besonders im Hinblick auf den immer wieder aufkommenden Rassismus in unserer
18 Gesellschaft und dem oft mangelnden Verständnis gegenüber dem Umgang mit
19 Raubkunst, der Rezeption von Kulturgut, nicht geleisteten "Wiedergutmachungen"
20 oder auch politisch nicht korrekten Begriffen aus der Kolonialzeit, soll die Befassung
21 mit der historischen Vergangenheit Bewusstsein für und mehr Rücksicht auf dieses
22 Thema schaffen.

23 Oft geschieht dies in der Realität aber kaum. Wird das Thema Kolonialismus im
24 Geschichtsunterricht angesprochen, so geschieht dies häufig nur nebensächlich z.B.
25 infolge des Beitrages schwarzer Sklavinnen* und Sklaven bei der amerikanischen

26 Revolution. Dabei ist dieses Thema so viel komplexer und nicht nur wegen der
27 zunehmenden Globalisierung unserer Welt so viel wichtiger.

28 Als verpflichtender Grundstein im geschichtlichen Lehrplan, kann, und zwar in Form
29 von Aufklärung und Wissen, ein wichtiger Beitrag gegen Rassismus geleistet
30 werden.

31 Weiterleitungen:

- 32 • Juso-Landeskonferenz
- 33 • SPD-Landesparteitag

34

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A13: Reaktivierung des SPNVs auf dem Land ermöglichen - Daseinsvorsorge**
2 **und Klimaschutz mehr gewichten in der Standardisierten Bewertung**

3
4 **Forderung:**

5 Wir fordern die Standardisierte Bewertung neu aufzustellen. Hierbei soll eine
6 volkswirtschaftliche Rechenprozedur angewendet werden, um den ländlichen Raum
7 nicht strukturell zu benachteiligen. Außerdem fordern wir Messparameter zur
8 Grunddaseinsvorsorge ländlicher Räume in Hinblick auf die Politikfelder
9 demographischer Wandel, Klimaschutz, Bildung und Arbeit stärker zu gewichten.

10 **Begründung:**

11 Bis in den 2000er Jahren wurden in Niedersachsen über 200 Regionalbahnstrecken
12 stillgelegt. Grund hierfür war der steigende Wohlstand, Strukturwandel in der
13 produzierenden Industrie und der vermehrte politische Wille bei der Förderung des
14 Individualverkehrs. Die niedersächsische Landesregierung von 2013-2017 hat sich
15 vorgenommen, im Sinne der Verbesserung des Nahverkehrs in ländlichen Räumen
16 die Landesnahverkehrsgesellschaft zu beauftragen Gutachten über die stillgelegten
17 Strecken zu erstellen. Diese wurden mit dem vom Bund vorgegebenen mehrstufigen
18 Verfahren der Standardisierten Bewertung bewertet. Mit dem Resultat das eine
19 Reaktivierung von 84 potentiellen Strecken quasi möglich wäre. Allerdings aus
20 betriebswirtschaftlicher Perspektive sich nicht rentieren würde. Problem an der
21 Standardisierten Bewertung ist die betriebswirtschaftliche Rechnung, die Kosten und
22 Nutzen lediglich einen hohen Wert zuschreiben. Dies führt dazu, dass städtische
23 Räume mit erhöhten Verkehrspotential bevorteilt werden im Vergleich zum ländlichen
24 Raum. Allerdings hat sich bei der Reaktivering der Bentheimer Eisenbahn 2015
25 gezeigt, dass die Verkehrspotentiale und Rechnungen dieser Standardisierten
26 Bewertung stark abweichen von den tatsächlichen Ergebnissen in der Praxis. So
27 wurde der Strecke Bad Bentheim - Neuenhaus mit diesem Verfahren ein tägliches

28 Verkehrspotential von knapp 1000 Fahrgäste zugeschrieben. Nach der Reaktivierung
29 ist die tatsächliche Zahl 3500 und somit mehr als das Dreifache. Grund dafür sind
30 Faktoren, welche diese Bewertung nicht berücksichtigt.

31 So bevorzugen Pendler*innen vor allem aus dem Dienstleistungssektor, Studierende
32 und Schüler*innen eine Bahnfahrt, da diese im Vergleich zum Busverkehr sich als
33 komfortabler zeichnet. Außerdem teilweise auch Zeitersparnis durch die
34 starkbelasteten Pendler*innenverkehrsstrecken ermöglicht und man zudem die
35 Pendelzeit als Arbeitszeit nutzen kann.

36 Außerdem ist eine reaktivierte Strecke die zum Umstieg auf die Bahn motiviert eine
37 Möglichkeit die eigene Klimabilanz zu verbessern. Gerade mit dem Hinblick auf den
38 Demographischen Wandel, haben vor allem ältere Menschen in den Dörfern in naher
39 Zukunft drohende Mobilitätsbarrieren. Eine Bahn würde diesen Menschen Zugang
40 geben, besser und eigenständiger zum nächsten Termin ins Krankenhaus oder zur
41 Verwaltung zu ermöglichen und ist Teil der Grunddaseinsvorsorge ländlicher Räume.

42 Das Verkehrsministerium um Andi Scheuer hat erkannt, dass dieses
43 Rechenverfahren ungerecht und nicht zeitgemäß ist. Bis Februar 2022 soll die neue
44 Regierung planmäßig einen neue Berechnungsprozedur vorschlagen. Wir wollen
45 dass die SPD unsere Forderungen berücksichtigt.

46 Weiterleitungen:

- 47 • SPD-Bezirksparteitag
- 48 • SPD-Landesparteirat
- 49 • SPD-Landtagsfraktion
- 50 • Juso-Landesausschuss
- 51 • Juso-Bundeskongress

52

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A14: U21 Freizeitkarte**

2

3 Wir fordern:

4 Bis zur Einführung des „regionalen Schüler*innen- und Azubiticket“ fordern wir, dass
5 die „U21 Freizeitkarte Niedersachsen“ auf Busse und U-Bahnen ausgeweitet wird.

6 Begründung:

7 Die U21-Freizeitkarte Niedersachsen, dass der Landtag im Dezember 2020
8 eingeführt hat, ist nicht ausreichend!

9 Man kann mit dem Ticket zwar in allen Zügen des Nahverkehrs (RB, RE, S & RS) in
10 Niedersachsen, Bremen und Hamburg fahren, jedoch nicht mit U-Bahnen und
11 Bussen. Auf dem Land ein echtes Problem, denn oft gibt es keinen Bahnanschluss in
12 größeren Dörfern / kleineren Städten. Die CDU verhindert mal wieder, dass wir das
13 365€-Ticket, usw. einführen können und stößt Schüler*innen und Auszubildenden
14 mal wieder vor den Kopf.

15

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A15: Bildung muss man sich nicht leisten können – Mindestlohn auch für**
2 **Praktikant*innen**

3

4 Wir fordern:

5 Die Streichung des Passus im § 22 Mindestlohngesetz Absatz 1, Satz 1.

6 Praktikant*innen werden explizit im Mindestlohngesetz aufgenommen und sind
7 mindestens mit dem gesetzlichen Mindestlohn zu entlohnen.

8 Begründung:

9 Für Schüler*innen, die an einer Fachoberschule besuchen und ein Jahrespraktikum
10 in Klasse 11 machen oder für Studierende, gilt das Mindestlohngesetz nach § 22
11 Abs. 1 nicht.

12

13 Als Praktikant*innen werden hier Schüler*innen bezeichnet, die mehr als drei Monate
14 ein schul- / berufsbegleitendes Praktikum im Rahmen ihrer schulischen Pflichten
15 oder Studierende, die im Rahmen ihres Studiums ein Pflichtpraktikum absolvieren
16 müssen.

17

18 Viele Praktikant*innen leisten ihr Praktikum jedoch nicht in der Gemeinde, in der sie
19 leben, ab, sondern in einer größeren Stadt, weil es dort eine größere Auswahl an
20 Betrieben gibt. Sie arbeiten - meist an drei Tagen die Woche - von 8 - 18 Uhr und
21 haben meist auch einen längeren Fahrtweg.

22

23 Praktikant*innen müssen Kosten in Form von Bus- und Bahntickets, sowie
24 Verpflegung übernehmen. Sobald die Eltern nur wenig finanzielle Mittel zur
25 Verfügung haben, ist dies schwierig. Neben der Schule und des Praktikums leisten
26 es sich deshalb viele, einen Nebenjob anzunehmen. Sie sitzen nach der Schule,
27 Samstags und Sonntags an der Supermarktkasse, fahren Lebensmittel bei Flink,
28 Wolt, Lieferando, usw. aus, oder schenken Bier und andere Getränke in Gaststätten
29 und Kneipen aus.

30

31 Dadurch bleibt wenig, bis keine Zeit zum Lernen für Prüfungen. Freizeit und
32 Freundschaft bleiben liegen.

33

34 Weiterleitungen:

- 35 • SPD-Landesparteitag
- 36 • SPD-Bundeskongress

37

angenommen abgelehnt überwiesen an:.....

1 **A16: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus?**

2

3 Was ist Faschismus?

4 Es gibt verschiedenste Definitionen des Faschismus, aber die meisten davon haben
5 in vielen Kernpunkten starke Gemeinsamkeiten. So teilen sie sich, dass sie
6 vermeintlich starke Führungspersonen haben. Sie haben einen totalitären Anspruch,
7 einen durchdringenden Militarismus, eine kulturstiftende, auf Mythen, Riten und
8 Symbolen basierende, irrationale Ersatzreligion, eine hierarchische
9 Wirtschaftsordnung, eine Besessenheit von Verschwörung und eine ständige Suche
10 nach einem Feind. Oft findet man Chauvinismus und ein propagandistisches
11 Vokabular vor. Zudem existieren oft Antisemitismus, und Rassismus als Ursprünge
12 für das Gerinnen von Faschismus.

13

14 Dass der Faschismus in Deutschland nie tot war und sich weiterhin unter uns bewegt
15 ist bekannt. Wir müssen ihn konsequent bekämpfen, denn er stellt eine dauerhafte
16 Bedrohung für jede freie und soziale sowie demokratische Gesellschaft dar.

17 Zugleich dürfen wir uns nicht nur auf den Kampf gegen den Faschismus innerhalb
18 der nationalen Grenzen Deutschlands beschränken, denn trotz einer von
19 Nationalismus durchzogenen Ideologie, beschränkt sich der Faschismus nicht auf ein
20 Land. Er ist international, wenn auch nicht internationalistisch. Er findet seine
21 Verbündeten zeitweise in anderen Nationen, er schwappt zu ihnen hinüber oder reißt
22 sie schlussendlich in einem mörderischen völkischen Krieg mit sich.

23 Genau deswegen müssen wir auch ein Bewusstsein dafür haben, wenn sich in
24 anderen Ländern faschistische oder faschistoide Gruppierungen herumtreiben und
25 an Macht gewinnen, das ist nicht nur durch die Solidarität mit Antifaschist*innen aller
26 Welt geboten, sondern auch schlicht als eine Notwendigkeit zum Schutz der
27 gesamten Menschlichkeit.

28

29 In diesem Sinne müssen wir anerkennen, dass sich viele der oben genannten
30 Tendenzen in und unter dem russischen Regime und in seinem Angriffskrieg gegen
31 die Ukraine zeigen.

32 Wir sehen Putin, der die Rolle des vermeintlich starken Anführers erfüllt, ein Mann
33 der von Rechtsextremen und Faschist*innen vielerorts verehrt wird, weil er eine
34 ihnen liebe Politik vorantreibt und Rechtsextreme im Ausland fördert. Außerdem
35 strahlt er einen gewissen veralteten Chauvinismus und Männlichkeitswahn aus.
36 Zudem ranken sich um ihn viele Mythen, die ebenfalls dieses Image befördern.

37 Auch kann man viele Symptome des Totalitären im russischen Regime wiederfinden,
38 wie einen gewissen Willen zur (Welt-)Herrschaft sowie fanatisierte Massen auf Basis
39 einer Führungsperson. Der Militarismus des Regimes lässt sich ebenfalls erkennen,
40 so in einem Stolz, den viele in diesem Regime für ihr Militär verspüren. Dies zeigt
41 sich zum Beispiel in einer exorbitanten Anzahl an Menschen, die sich an militaristisch
42 gesinnten Vereinen beteiligen. Die kulturstiftende, auf Mythen, Riten und Symbolen
43 basierende, irrationale Ersatzreligion finden wir in den verquerten und
44 rückwärtsgewandten Behauptungen des Regimes zur russischen und ukrainischen
45 Kultur wieder, sowie in den prominent gewordenen Symbolen, die wir nicht nur auf
46 Militärmaterial der russischen Armee sehen, sondern auch auf Demonstrationen von
47 Unterstützer*innen des Regimes im In- und Ausland. Die hierarchische
48 Wirtschaftsordnung ist uns bekannt durch die russischen Oligarch*innen, welche
49 durch Korruption und durch Kooperation mit dem autoritären Regime ihre Macht und
50 ihren Reichtum erlangt haben.

51 Wir sehen auch die Versessenheit mit Verschwörungen, nicht nur mit über eine
52 vermeintliche Bedrohung durch die NATO-Erweiterungen, denn diese entstehen ja
53 durch den russischen Imperialismus. Wir sehen sie auch in den Repressionen
54 gegenüber den tapferen Menschen in Russland, welche gegen den Krieg und gegen
55 das Regime auf die Straße gehen und den mutigen Journalist*innen, die dieses
56 System und diesen Krieg kritisieren. Dies überschneidet sich auch mit der ständigen
57 Suche nach inneren und äußeren Feinden. Wir sehen auch die skandalösen
58 antisemitischen Verklärungen um den ukrainischen Präsidenten und vieles mehr.
59 Währenddessen kommen Überlebende der Shoah durch russische Bomben um und
60 Gedenkstätten wie Babyn Jar werden von russischen Bomben zerstört.
61 Währenddessen wird all das in einem unglaublichen propagandistischen Vokabular

62 zu einer “Spezialoperation” zur angeblichen “Entnazifizierung und Entmilitarisierung”
63 verklärt.

64 An dieser Stelle ist es uns wichtig bei dieser Einordnung zu betonen, dass diese
65 Argumentation in keiner Weise eine Gleichbewertung des russischen Angriffskrieges
66 und des russischen Regimes mit den Verbrechen Nazideutschlands vornimmt. Die
67 Verbrechen Nazideutschlands insbesondere bezogen auf die Shoah sind in der
68 Geschichte singulär. Der Einordnung des russischen Regimes als ein faschistoides
69 Regime stellt keine Gleichstellung dieser beiden Regime da.

70 Doch auch wenn es man klarstellt, dass die Verbrechen Nazideutschlands und die
71 Shoah singulär sind. Müssen wir aufzeigen, wo auf der Welt sich faschistoide
72 Ideologie in mehr oder minder starken Ausprägungen zu ihren jeweiligen Verbrechen
73 aufmacht.

74

75 Wir sehen also, dass viele der Kriterien für ein faschistisches oder mindestens
76 faschistoides Regime auf Putins russisches Regime zutreffen. Wir dürfen die Augen
77 hier vor nicht verschließen. Denn “Nie wieder” bedeutet nicht nur “Nie wieder Krieg.”
78 Es muss vor allen Dingen auch “Nie wieder Faschismus” bedeuten! Wir dürfen uns in
79 diesem Sinne unserer Verantwortung nicht entziehen. Die Verteidigung der
80 Menschen in der Ukraine und ihr Kampf sind eben auch ein demokratischer, freier
81 Kampf gegen den Faschismus.

82

83 Deshalb ist unsere Forderung, dass wir das russische Regime und den russischen
84 Angriffskrieg auf die Ukraine als ein neues Erstarken von faschistoiden Tendenzen...
85 verurteilen und dass wir eine praktische Umsetzung der Losung “Nie wieder
86 Faschismus, nie wieder Krieg” mit allen Schlüssen, die wir daraus ziehen werden
87 müssen fordern. Das beinhaltet ein notwendiges Umdenken in verschiedenen
88 Bereichen wie der Außen- und Sicherheitspolitik, der Handelspolitik sowie dem
89 Bereich der Energiepolitik und einigen mehr.

90

91

92

93

94

95

96

97 Weiterleitungen:

98 • Bundeskongress

99

1 **A17: Geflüchtete gleichstellen – Zweiklassengesellschaft beenden!**

2

3 **Forderung:**

4 Wir fordern, dass Geflüchtete human, professionell und mit den gleichen Rechten
5 wie andere Migrantinnen und Migranten ausgestattet werden. Wir fordern ein Recht
6 für alle Geflüchteten, sofort am Arbeitsmarkt teilhaben zu können, sich frei in der EU
7 bewegen zu können und eine unbürokratische Anerkennung von im Heimatland
8 erworbenen beruflichen Qualifikationen sofern diese europäischen Standards
9 entsprechen oder von einem fachkundigen Prüfungsausschusses nachgewiesen
10 werden können. Ferner muss für alle Geflüchteten eine sichere Unterkunft
11 bereitgestellt werden, ohne bestimmten Geflüchteten dafür ihren Wohnraum
12 wegzunehmen. Niemand darf an den EU- Außengrenzen grundlos abgewiesen und
13 ohne rechtliche Prüfung eines Asylantrages zurückgeschickt werden in ein Land, in
14 dem Folter und der Tod droht. Stattdessen fordern wir eine Behandlung von allen
15 Geflüchteten nach der Genfer Flüchtlingskonvention, laut derer Geflüchtete das
16 Recht haben, nicht in ein Land zurückgeschickt werden, in dem ihr Leben oder ihre
17 Freiheit ernsthaft bedroht sind.

18 Hierbei darf es keine Rolle spielen, aus welchem Land oder von welchem Kontinent
19 Menschen kommen, welche Sprache sie sprechen oder welche Hautfarbe sie haben.
20 Wir müssen solidarisch mit allen Geflüchteten sein.

21

22 **Begründung:**

23 Artikel 1a der Genfer Flüchtlingskonvention definiert einen Flüchtling als Person, die
24 "... aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion,
25 Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer

26 politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen
27 Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch
28 nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will.“

29 Diese Definition trifft zweifelsfrei auf alle Menschen zu, die aus der Ukraine flüchten
30 und in der EU Schutz suchen. Es ist unsere Pflicht, diesen Menschen zu helfen. Und
31 dennoch ist es zu höchst bemerkenswert und bewegend, mit welchem
32 zivilgesellschaftlichen Engagement Menschen in Polen und Ungarn, aber auch
33 hierzulande und in anderen EU-Staaten aufstehen und helfen, mit dem, was sie
34 leisten können.

35 Wir befürworten ausdrücklich die politischen Entscheidungen, die im Rahmen des
36 russischen Angriffskrieges in der Ukraine getroffen wurden, um ukrainischen
37 Geflüchteten zu helfen. So dürfen Ukrainer*innen auch ohne Asylantrag für bis zu
38 drei Jahre in der EU bleiben, können in Deutschland und anderen Ländern der
39 Europäischen Union einer Arbeit nachgehen, sind krankenversichert und können ihre
40 Kinder zur Schule schicken. Auch Menschen aus Drittstaaten mit einem gesicherten
41 Aufenthaltsstatus aus der Ukraine brauchen kein Asylverfahren zu durchlaufen.
42 Richtig so! Auch wenn u.a. bei der Organisation und Verteilung der Ukrainer*innen
43 noch einiges unrund läuft, zeigen diese Ansätze, wie humane Migrationspolitik in der
44 EU im 21. Jahrhundert aussehen kann, wenn der politische Wille vorhanden ist.
45 Zumal all diese Regelungen äußerst schnell und unbürokratisch gemeinsam unter
46 den Mitgliedsstaaten getroffen wurden.

47 Wir sehen also: Es geht doch. Und müssen uns gleichzeitig fragen, warum
48 Geflüchtete aus „Nahost“ und anderen Staaten nicht die gleichen Rechte haben.
49 Langwierige und komplizierte Asylverfahren, Arbeitsverbote, Diskriminierung und im
50 schlimmsten Fall Abschiebung auch nach jahrelangem Aufenthalt sind hier
51 allgegenwärtig. Besonders schwierig ist die Anerkennung von im Heimatland
52 erworbenen Qualifikationen.

53 Diese massive Unterscheidung hat keinen legitimen Grund: Menschen aus Nahost
54 fliehen genauso wie Menschen aus der Ukraine vor zerbombten Häusern und
55 ganzen Städten, vor Folter und Verfolgung. Niemand flüchtet aus seinem Heimatland

56 aus niederen Beweggründen. Allein die gefährlichen Fluchtwege wären ansonsten
57 Hindernis genug.

58 Wir sehen aktuell, dass es möglich ist, eine humane Migrationspolitik durchzuführen.
59 Es ist deshalb jetzt wichtig, allen Geflüchteten in Deutschland und in der EU die
60 gleichen Rechte einzuräumen. Denn Menschen nur aufgrund ihrer Herkunft,
61 Hautfarbe oder Sprache pauschal schlechter zu behandeln, als andere, ist zutiefst
62 diskriminierend und hat zutiefst rassistische Gründe. Dem müssen wir uns
63 entschlossen entgegenstellen! Für eine offene und solidarische Gesellschaft.

64

65

66 Weiterleitungen:

- 67 • Landeskonferenz Jusos Niedersachsen

68

angenommen abgelehnt überwiesen an: Nicht-Behandlung!

1 **A18: Keine Geschäfte mit dem Krieg: Rüstungsindustrie verstaatlichen!**

2

3 **Forderung:**

4 Wir fordern die sofortige Verstaatlichung aller deutschen Rüstungskonzerne. Diese
5 bezieht sich sowohl auf die Produktion und Auslieferung, als auch der Forschung und
6 Entwicklung von Rüstung. Ziel ist es, diese Kontrolle dem Bundestag zu überlassen.
7 Damit sollen Entscheidungen über die Beschaffung, den Export sowie die Auf- und
8 Abrüstung demokratisch und schnell getroffen werden. Auch ist es bis auf Weiteres
9 unverständlich, wie Konzerne unter anderem durch das Leid von Menschen in
10 Kriegs- und Krisengebieten für sich skrupellos Profite verschaffen. Mit der
11 Verstaatlichung sollen demnach nicht nur die Ziele, sondern auch die Preise der
12 Rüstung reguliert werden können. Durch diese Umsatzregulierung bei der Rüstung
13 kann zugleich eine Haushaltsentlastung des deutschen Staates erzielt werden.
14 Demnach fordern wir die Kontrolle der Rüstungskonzerne durch den deutschen
15 Staat, um zugleich die Forschung an menscheitsgefährdenden Offensivaffen
16 einzustellen, die Forschung in Defensivwaffen hingegen zu fördern. Insgesamt
17 dürfen bei der Verstaatlichung aller deutschen Rüstungskonzerne keine rechtlichen
18 Nischen für private Unternehmen entstehen. Nur so kann die Rüstungsindustrie
19 vollends unter staatliche Kontrolle gebracht werden. Dabei ist zu beachten, dass es
20 sich hierbei keineswegs um Willkür, sondern um den Schutz von Menschenleben
21 handelt. Dieses Vertrauen ist in den Händen eines demokratischen Staates sicherer
22 als in denen von Privatunternehmen.

23 **Begründung:**

24 Jährlich erzielt die deutsche Rüstungsindustrie Gewinne von weit über 100 Millionen
25 Euro. Ein Geschäft, welches besonders durch Krisen und Kriege gestärkt wird. Der
26 größte Profit entsteht demnach durch Menschen in Not. Auch werden die Waffen

27 momentan keineswegs nur an friedliche Demokratien exportiert. Denn unter den 10
28 größten Abnehmerstaaten deutscher Rüstung befinden sich Ägypten, Algerien, Katar
29 und Saudi-Arabien. Wie diese Lieferungen mit dem politischen Grundsatz der
30 Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern
31 vereinbar ist, ist sehr zweifelhaft, besonders, wenn der deutsche Bundestag diesen
32 Lieferungen noch zustimmte. Zudem werden die Waffenlieferungen durch diese
33 Länder oftmals weiter in Krisengebiete exportiert, obwohl an diese eine
34 Waffenlieferung von deutscher Seite aus untersagt ist. Solche Umwege des
35 Waffenexportes müssen eingedämmt werden! Dies ist aber nicht möglich, sofern die
36 Rüstungsunternehmen den Umsatz anstatt die Einhaltung und Förderung der
37 Menschenrechte priorisieren. So stellte Karl Marx in seinem „Kapital“ bereits fest,
38 dass die Rüstungsindustrie von Krisen extrem profitiert. Dass dieser Umstand sich
39 nach über 150 Jahren nicht geändert hat, ist prekär. Auch geht es darum, nicht
40 gerechtfertigte Preise der Rüstung bei dem Beschaffungswillen der Regierung zu
41 verhindern und zu regulieren. Nur durch die Verstaatlichung kann eine
42 Börsenunabhängigkeit der Konzerne sowie skrupellos erwirtschafteter Umsatz
43 verhindert werden. Deutschland ist momentan drittgrößter Waffenexporteur der Welt
44 und damit eines der Länder, die davon am meisten finanziell profitieren. Das muss
45 aufhören! Denn wenn der Bundesregierung die Entscheidung über die Lieferungen
46 direkt obliegt, können Koalitionsverträge sowie der politische Grundsatz der
47 Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern
48 besser eingehalten und kontrolliert werden. Nebenher werden ungerechtfertigte
49 Preissteigerungen, ausgehend von der Börse, verhindert, so dass der deutsche Staat
50 und seine Bürger*innen nicht mehr dafür aufkommen müssen. Eine daraus folgende
51 Haushaltsentlastung des Bundestages ist nachvollziehbar. Von herausragender
52 Bedeutung ist es, dass die Forschung und Entwicklung von Rüstung ebenso von der
53 Verstaatlichung betroffen ist. Denn es wäre weltweit beispielgebend, wenn die
54 Forschung in Offensivwaffen eingedämmt und von Defensivwaffen möglicherweise
55 gefördert wird. Dies würde nicht nur ein starkes Symbol, sondern auch eine
56 Gewährleistung der weltweiten Friedenssicherung von deutscher Seite aus
57 bedeuten. Ein großer Schritt für ein Leben in friedlicher Koexistenz!

58

59

60 Weiterleitungen:

61 • Bundeskongress

62

angenommen abgelehnt überwiesen an:

1 **A19: Nein zu touristischen und kommerziellen Weltraumausflügen!**

2

3 **Forderung:**

4 Wir fordern ein komplettes Verbot der kommerziellen, touristischen Raumfahrt, um es
5 exorbitanten Milliardär*innen nicht zu gestatten, sich über das Ziel des
6 Umweltschutzes hinweg zu setzen und um ihnen die Möglichkeiten zu geben, ihr
7 Geld in wichtigere Projekte, wie der Armutsbekämpfung und dem Umweltschutz, zu
8 stecken.

9 **Begründung:**

10 Seit vielen Jahren laufen weltweit Bemühungen der Erderwärmung
11 entgegenzusteuern, durch Elektromobilität, dem Umsteigen auf erneuerbaren
12 Energien und die Abschaltung alter Klimasünder etc. . Nun lässt sich aber ein neuer
13 Trend des Klimasündens erkennen, sogenannte touristische Weltraumausflüge, die
14 von Unternehmern wie Jeff Bezos und Richard Branson vorgenommen werden. So
15 muss nun aber betont werden, dass nicht die Arbeiter*innen der Gewerkschaften von
16 nebenan diese aberwitzigen, sündhaften Ausflüge ins All vornehmen, sondern die
17 eben genannten exorbitanten Superreichen.

18 Wie sieht aber nun ein solcher Weltraumtrip aus? Diese Unternehmen von Jeff
19 Bezos und Richard Branson erreichten in rund 110 Kilometern ihren Höhepunkt,
20 diesen erreichen sie durch den Schub der ihnen am Anfang verliehen wurde, dazu
21 muss erwähnt werde, dass diese Raketen nicht komplett in den Weltraum
22 geschossen werden, wodurch sie nach Aussetzen des Schubes von der
23 Erdanziehungskraft zurückgeholt werden. Zum Kostenpunkt dieser Ausflüge kann
24 gesagt werden, dass der Flug von Jeff Bezos mit der Virgin Galactics ca. 240.000
25 US-Dollar gekostet hat, für ungefähr 240 Sekunden Schwerelosigkeit.

26 Nun aber zum wichtigsten Punkt, der Umweltbelastung. Weltraumflüge in ihrer
27 jetzigen Form belasten die Umwelt noch nicht allzu dramatisch, da sie nur in geringer
28 und für meist wissenschaftliche Aspekte durchgeführt werden. Die meiste
29 Umweltverschmutzung in der unteren Atmosphäre wird von der Luftfahrt verursacht.
30 Betrachtet man aber die obere Atmosphäre, so wurden die dort vorhandenen
31 Schadstoffe fast ausschließlich von der Raumfahrt verursacht. Zwar hat diese noch
32 kein kritisches Level erreicht, aber sollte die Raumfahrt kommerzialisiert werden so
33 könnte das eine gerechtfertigte Sorge sein. Es ist deshalb wichtig, hier präventiv
34 entgegenzuwirken und vor Allem die klimaschädliche Produktion von
35 weltraumtouristischem Material einzuschränken.

36

37 Weiterleitungen:

- 38 • Bundeskongress

